

Bad Somburger Neueste Nachrichten

Bezugspreis: 1.50 Rmk. monatlich ausschließlich Trägerlohn. Erscheint wöchentlich. — Bei Ausfall der Lieferung ohne Verschulden des Verlags oder infolge von höherer Gewalt, Streik etc. kein Anspruch auf Entschädigung. Für unverlangt eingesandte Aufschriften übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr. — Einzelnummern: 15 Pfg.

Preisanzeiger für den Obertaunuskreis

Bad Somburger Tageszeitung und Anzeiger
Bad Somburger Lokal- und Fremden-Blatt

Anzeigenpreis: Die einseitige 30 mm breite Nonpareillezeile kostet 20 Pfg. Lokale Gelegenheitsanzeigen nach besonderem Tarif. — Die 88 mm breite Nonpareille-Heftanzeile kostet 1.—, zwischen Text 1.50 Rmk. — Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen nach Möglichkeit aber ohne Gewähr. — Offertgebühr 50 Pfg.

Zugleich Gonzenheimer, Oberstedten-Dornholzhausener, Seutberger, Friedrichsdorf-Röpperner Neueste Nachrichten ■ Taunuspost

2707 - Fernsprech-Anschluß - 2707

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Bad Homburg, Dorotheenstraße 24

Postfachkonto 398 64 Frankfurt-M.

Nummer 20

Montag, den 25. Januar 1932

7. Jahrgang

Erfordernisse der deutschen Außenpolitik.

Im Briefe Brünnings an Adolf Hitler wird betont, daß jegliche innenpolitische Aktion diesen unterzuordnen sei.

Die Antwort des Reichskanzlers an Hitler.

„Zusammenfassung aller positiven Kräfte zur Rettung der Nation.“

Berlin, 25. Januar.

Die Antwort der Reichsregierung auf die Denkschrift Hitlers wird jetzt der Öffentlichkeit übergeben. Der Kanzler befaßt sich in dem über sechs Schreibmaschinenseiten langen Brief an den nationalsozialistischen Parteiführer sowohl mit den verfassungsrechtlichen wie mit den politischen Ausführungen der Hitlerschen Denkschrift. In dem Brief des Kanzlers heißt es u. a.:

Es hat sich niemals um ein „Aufheben“ der die Wahl des Reichspräsidenten betreffenden Bestimmung der Weimarer Verfassung gehandelt. Meine Absicht ging vielmehr von vornherein dahin, wie es Ihnen gegenüber klar zum Ausdruck gebracht ist, die Amtsdauer der geschichtlichen Gestalt des jetzigen Herrn Reichspräsidenten aus Gründen des Gesamtwohles des deutschen Volkes um eine gewisse Zeit im Wege der Befehlgebung zu verlängern.

Die Frage, ob eine derartige Verlängerung der Amtsdauer des Herrn Reichspräsidenten verfassungsrechtlich Bedenken unterliegt ist selbstverständlich von der Reichsregierung geprüft worden, bevor mit Ihnen in Verbindung getreten wurde.

Nach dem Ergebnis dieser Prüfung ist die Verlängerung der Amtsdauer durch ein verfassungsänderndes Gesetz zulässig.

Ihre politischen Argumente muß ich als unsachlich zurückweisen, auch muß ich es ablehnen, mit Ihnen in eine Diskussion über Schlagwort-Begriffe einzutreten.

Vom vaterländischen Standpunkt aus muß ich es auffällig finden, daß Sie die Hauptursache der deutschen Not auf parteipolitische Verhältnisse zurückführen.

Nach fast allgemeiner Auffassung ist ein außenpolitischer Tatbestand, der Versailles Vertrag, mit seiner politischen und wirtschaftlich-finanziellen Ungerechtigkeit und Unvernunft, der entscheidende Grund unserer deutschen Not und zum großen Teil auch der Weltnöte. Die Bestimmungen und die Handhabung dieses Vertrages in den ersten fünf Jahren seiner Geltung haben alle deutschen Wiederaufbauversuche immer wieder zerstört, die deutsche Währung erschüttert und schließlich die Einheit des Reiches selbst bedroht. Wenn das Reich gerettet wurde, so ist das nur geschehen durch das Zusammengehen aller Volksgenossen ohne Unterschied der Parteien.

Sie gehen an diesem wesentlich durch außenpolitische Verhältnisse geschaffenen Sachverhalt ebenso vorbei, wie Sie die heutige deutsche Wirtschaftsnot vom Standpunkt Ihrer Parteideologie auch kurzerhand dem von Ihnen bekämpften „System“ zur Last legen.

Auch eine Reichsregierung, die eine Ihrer Auffassung entsprechende Zusammensetzung hätte, müßte auf dem Wege weiterstreiten, der von mir geleiteten Regierung durch eben diese Tatsachen ausgenützt worden ist. Wenn Sie im übrigen meine Anregung in der Präsidentschaftsfrage als ein Produkt der Angst des „Systems“ vor der politischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bezeichnen, so können Sie damit meine Mitarbeiter und mich nicht treffen. Durch das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten auf unseren Posten gestellt, tun wir nach besten Kräften unsere Pflicht.

Wir kennen nur ein Ziel: Rettung des Vaterlandes aus seiner großen Not. Über unsere Erfolge steht jedem das Urteil frei. Unser gutes Gewissen aber lassen wir uns von niemand bestreiten. Es gibt uns die Kraft, ohne Furcht den Weg zu gehen, den es uns vorschreibt. Wir scheuen daher auch das Urteil des deutschen Volkes über unsere Maßnahmen nicht.

Wenn Sie die von Ihnen gewünschte Beseitigung des „herrschenden Systems“ als einen außenpolitischen Gewinn Deutschlands bewerten zu sollen glauben, so muß ich Ihnen

die Verantwortung für diesen Angriff auf eine Regierung, die alle Kraft an die Besserung der Lage des deutschen Volkes in den kommenden Verhandlungen zu setzen entschlossen ist, überlassen. Es muß Ihnen bekannt sein, wie die ganze Arbeit dieser Regierung von dem Primat der Außenpolitik beherrscht wird. Ebenso aber werden Sie nicht leugnen wollen, daß der außenpolitische Erfolg zum Teil durch die Geschlossenheit bedingt ist, mit der die Nation hinter ihren Unterhändlern steht.

Ich kann nur bedauern, daß Sie selbst in dieser kritischen Lage nicht die Folgerung aus dieser Wahrheit ziehen, die sich von selbst ergibt.

Hitler antwortet Brüning.

München, 26. Januar.

Adolf Hitler hielt am Samstagabend im Zirkus Krone eine eineinhalbstündige Rede. Gegenüber der Erklärung Davids, der Youngplan stelle ein rechtsgültiges Dokument dar, erklärte Hitler, dieser Plan sei nur für die alten Machthaber rechtsgültig. Wenn der Kanzler erkläre, Hitler könne nichts anderes tun, als die gegenwärtige Reichsregierung auch so müßte festgestellt werden, daß die Reichsregierung allmählich damit beginne, was die Nationalsozialisten schon seit Jahren gefordert hätten. Die Regierung erkläre, das deutsche Volk werde diesen Winter schon noch überwinden. Das deutsche Volk werde noch mehr Winter überwinden, weil es das heutige System überwinden werde.

Es sei aber sehr zu bezweifeln, ob die Parteien und Menschen, die letzten Endes dafür verantwortlich gemacht werden müßten, auch noch den nächsten Winter überleben würden. Wenn jemand die Schuld an der bisherigen Entwicklung trage, dann sei der erste Weg zur Besserung die Befreiung der Schuldigen.

So leicht kämen die Herren nicht um die Vergeltung herum, daß sie sagten: „Wir sind auch nur das Opfer einer Weltkrise und des Friedensvertrages. Die Revolution sei der Anfang der Schuld gewesen. Die Kriegsschuldfrage sei mit der Revolution aus der Taufe gehoben worden. Die Parteien, die heute an der Regierung seien, hätten die Revolution gemacht oder sie mindestens gebilligt und gedeckt. Die Parteien seien also an der Entwicklung schuld und müßten daher vernichtet werden. Brüning lebe der Hoffnung, daß Daxmann uns die Strolchung der Tribute bringe. Man wisse aber doch gar nicht, ob die Konferenz überhaupt stattfinden. Wenn sie Deutschland von den Tribute erlösen würde, würde sie bestimmt nicht stattfinden.“

Vertrauen auf Deutschland.

Aber schnelle Reparationsregelung notwendig. — Das Gutes der Gläubiger.

Berlin, 26. Januar.

Gleichzeitig mit der Veröffentlichung des neuen Stillhalteabkommens wird ein Bericht des Stillhalteausschusses der ausländischen Gläubiger der Öffentlichkeit übergeben. Dieser Bericht der ausländischen Stillhaltegläubiger ist zugleich ein Gutachten, das in seiner Bedeutung dem der von der Regierung ernannten Baseler Sachverständigen nicht nachsteht. Es heißt in dem Bericht u. a.: Eine Stillhaltung ist nach der Natur der Dinge

nur eine Übergangsmaßnahme,

bestimmt, für eine endgültige Lösung Zeit zu gewinnen. Im Kapitel 3 „Deutschlands Lage“ stimmt der Ausschuß den Ergebnissen der Baseler Sachverständigen nachdrücklich zu. Es heißt dann weiter:

„Deutschland hat den Verlust eines großen Teils seines Betriebskapitals, der durch den Krieg, die schweren Nachkriegszahlungen an fremde Staaten und die „Inflation“ entstanden ist, durch lang- und kurzfristige Kredite vom Ausland in großem Umfang ausgeglichen. In den letzten 16 Monaten hat es jedoch der Außenwelt

sehr bedeutende Summen zurückgezahlt, ein Prozeß, der von seiner Kraft Beweis ablegt, aber zugleich sein ganzes Kreditssystem und seine auswärtigen Kreditverpflichtungen auf eine außerordentliche schwere Probe stellt.“

Unter 4: „Allgemeine Gesichtspunkte“ wird gesagt, daß die Einstellung des Ausschusses dahin geht, die Reichsbank und die Stabilität der Währung zu schützen und das Vertrauen wiederherzustellen. Kapitel 4 gibt die Grundzüge des neuen Abkommens wieder. Der Ausschuß erklärt hier u. a.: Die Steuereinnahmen, die durch die akute und zunehmende Depression stark belastet wurden, konnten nur durch wiederholte Steigerung der Steuerlasten aufrecht erhalten werden.

Die deutsche Besteuerung hat nunmehr eine Höhe erreicht, die, wie in dem Baseler Bericht festgestellt wurde, nicht mehr überschritten werden kann. Wir sind der gleichen Meinung. Die Regierung hat außerdem die Ausgaben in drastischer Weise vermindert. Ein Haushaltsdefizit ist trotzdem weiter vorhanden. Wichtig ist ferner folgender Satz, nach dem das Schema der künftigen Rückzahlungen dargelegt worden ist: Dieses Entgegenkommen von Seiten der Stillhaltegläubiger im Interesse der Stärkung der deutschen Lage macht es jedoch erforderlich, daß die deutschen Mittel nicht zerstückelt werden zur Befriedigung von Ansprüchen außerhalb des Stillhalteabkommens.

Kapitel 8: „Wiederherstellung der Kreditfundamente“ enthält, daß Deutschland an die Außenwelt nur Zahlungen leisten kann, wenn es in der Lage ist, einen Ausfuhrüberschuß von Gütern hinauszulenden, worin es aber durch die Maßnahmen verschiedener Länder sehr behindert wird.

Kapitel 9: „Schlußfolgerungen“ besagt: Der Ausschuß hat einen tiefen Eindruck gewonnen von den überaus großen Anstrengungen und Opfern, die die deutsche Regierung und das deutsche Volk auf sich nehmen, um ihre Stellung inmitten nie dagewesener Schwierigkeiten zu behaupten. Es ist unerlässlich, daß die Hemmnisse beseitigt werden. Das wird nicht eintreten ohne positives Handeln der Regierungen und Völker auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit und, wie die beiden Baseler Ausschüsse dringend gefordert haben, ist keine Zeit zu verlieren.

Tagesordnung in Genf.

Die Außenminister sind nicht erschienen.

Der Völkerbundsrat ist heute unter dem Vorsitz des Franzosen Paul-Boncour zu seiner 67. ordentlichen Tagung zusammengetreten. Die Großmächte sind diesmal nicht durch die Außenminister vertreten, da diese erst im Laufe der nächsten Woche zur Abrüstungskonferenz in Genf eintreffen werden.

Auf der Tagesordnung stehen 41 Punkte, unter denen drei Dutzender Fragen hervorgehoben sind: Die obige Frage, die Rechtfertigung der polnischen Minderheiten in Danzig sowie die seit langem vor dem Völkerbundsrat schwebende Frage des „Port d'attache“.

Der Völkerbundsrat wird ferner den Präsidenten und das Regierungsmitglied des Saargebietes neu zu ernennen haben. Als Kandidaten werden der frühere Präsident des Danziger Hafenausschusses, der Schweizer Reynier, sowie der Spanier Palacios genannt.

In Minderheitenfragen stehen die Beschwerden der ukrainischen Minderheit wegen der Vergewaltigungsmaßnahmen der polnischen Regierung, die Beschwerde des Fürsten Pleh gegen Polen und eine Beschwerde der ungarischen Minderheit gegen Rumänien auf der Tagesordnung. Ferner wird erwartet, daß die seit langem vor dem Völkerbundsrat schwebende Agrarbeschwerde der deutschen Minderheit in Polen zur Verhandlung gelangt. Der Völkerbundsrat wird sich sodann von neuem mit dem japanisch-chinesischen Streitfall, dem Antrag eines Sonderausschusses für die Neuordnung der Wahl in den Völkerbundsrat, der Untersuchung der Sklaverei in Liberia, dem Abkommen über die Veröffentlichung der zivilen Luftfahrt und der Anpassung des Völkerbundsstatuts an den Kelloggpaß zu befassen haben. Schließlich wird noch die Sanierung von Österreich, Ungarn und Bulgarien den Völkerbundsrat beschäftigen.

Die Tagung wird voraussichtlich am Donnerstag oder Freitag zu Ende gehen, da Ende der Woche bereits die Abordnungen zur Abrüstungskonferenz in Genf eintreffen.

Deutschlands Ziele auf der Abrüstungskonferenz.

Am Vorabend der Abrüstungskonferenz ist es zweckmäßig, noch einmal die Ziele zu umschreiben, die nach Ansicht gutunterrichteter Kreise für die deutsche Abordnung zur Abrüstungskonferenz maßgebend sein müssen.

Deutschland wird in Genf nicht dem Gremium der Partner aus dem Versailler Vertrag gegenüberstehen, sondern den Vertretern von 64 Staaten aus der ganzen Welt, die dem Völkerbund angehören. Deutschland kann also sein Recht auf Abrüstung der anderen geltend machen auf Grund der Bestimmungen des Völkerbundsvertrages, der genau vorschreibt, nach welchen Grundsätzen die Abrüstung durchgeführt werden soll.

Eine weitere Verhandlungsgrundlage bildet der Teil 5 des Versailler Vertrages, der bestimmt, daß nach erfolgter Abrüstung Deutschlands auch die übrigen Signatarmächte ihre Rüstungen auf den von Deutschland erreichten Abrüstungsstand herabsetzen müssen. Es darf aber in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß Deutschland als völlig gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbunds Anspruch auf ein Abkommen hat, das gleiche Grundsätze für alle Beteiligten vorsieht. Es gilt, in Genf tatsächliche Arbeit im Sinne der Abrüstung zu leisten, um endlich das Vertrauen wiederherzustellen, das zum Wiederaufbau der zerstörten Weltwirtschaft und im Interesse normaler internationaler Beziehungen erforderlich ist.

Sowohl steht fest, daß die deutsche Abordnung alle Möglichkeiten erschöpfen wird, um das zu erreichen, worauf Deutschland vom moralischen und rechtlichen Gesichtspunkte aus ein Recht hat.

Soweit bis jetzt bekannt ist, werden insgesamt vier Ausschüsse gebildet, nämlich ein Vandausschuß, ein Seerausschuß, ein Luftfahrt-Ausschuß und ein politischer Ausschuß. Zweifellos schließt die Bildung eines politischen Ausschusses gewisse Gefahren in sich, insofern, als die Franzosen versuchen werden, in diesem Ausschuß ihre berüchtigte Sicherheitshefe durchzusetzen und somit die Verhandlungen nach Belieben in die Länge zu ziehen.

Noch ein Jahr Stillhaltung.

Einigung mit den Privatgläubigern.

Berlin, 25. Januar.

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Vertretern ausländischer Gläubigerbanken und Mitgliedern des deutschen Schuldnerausschusses ist nunmehr ein als „Deutsches Kreditabkommen 1932“ bezeichnetes Abkommen zustande gekommen, dessen Annahme die Vertreter ihren Ausschüssen empfehlen wollen und das, ohne formell und inhaltlich eine bloße Fortsetzung des am 29. Februar 1932 ablaufenden Abkommens über die kurzfristigen deutschen Auslandsschulden zu sein, die Rechtsbeziehungen zwischen den ausländischen Bankengläubigern und den privaten Schuldner Ausschüssen kurzfristiger Kredite im Sinne einer Aufrechterhaltung dieser Kredite für ein weiteres Jahr regelt.

Die Ausländer haben an den Abschluß die Voraussetzung geknüpft, daß die deutsche Gesetzgebung die Durchführung des Abkommens in bisheriger Weise sichert, andernfalls kann das Abkommen durch Beschluß der Mehrheit der vertretenen Forderungen vorzeitig beendet werden. Zur technischen Durchführung wird die Golddiskontbank eingeschaltet, die auch einen Teil der Bürgschaft wieder übernimmt. Ueber eine Rückführung der Kredite, die teilweise in bar stattfinden wird, ist eine feste Bestimmung nicht getroffen. Derartige allgemeine Rückzahlungen sollen auf vierteljährlichen Zusammenkünften des deutschen und der ausländischen Ausschüsse erstmalig am 1. Juli 1932 festgelegt werden, wobei die Reichsbank ihre Stellungnahme bekanntgeben wird.

Eine Verpflichtung der Reichsbank zur Bereitstellung von Devisen ist nicht vorgesehen, wohl aber eine etwaige Erklärung der Reichsbank, daß die Aufbringung der nach dem Abkommen erforderlichen Devisen ihren Status gefährden könnte. Hierdurch ist eine etwaige Modifizierung des Abkommens möglich. In der Frage der Zinsen und Provisionen ist man angestrengt der Verschiedenheit der Zinssätze in den einzelnen Ländern zu einer grundsätzlichen Verbesserung vorläufig nicht gelangt. Man hofft, daß die im Vertrag enthaltene und in den Verhandlungen ausgesprochene Empfehlung sowie die Ausschüßerörterungen sich in einer gewissen

Ermäßigung der Sätze

auswirken werden.

Zusammenfassend wird festgestellt, daß das Abkommen trotz der kaum vermeidbaren Komplexität mancher Einzelbestimmungen doch einen tragbaren Ausgleich der Interessen darstellt, der den allseitigen ehrlichen Willen bekundet, an der Aufrechterhaltung und Fortführung des internationalen Handels und Kreditbeziehungen mitzuwirken. In diesem Sinne äußerte sich auch der Leiter der Stillhalterverhandlungen, Albert S. Wiggins-Newyork, in seinen Schlussworten.

Sicherung der Frühjahrsernte.

Die neueste Notverordnung.

Berlin, 24. Januar.

Der Reichspräsident hat die Notverordnung zur Sicherung der Frühjahrsernte unterzeichnet. Darin wird das gesetzliche Recht an den Früchten landwirtschaftlicher Grundstücke den Gläubigern eingeräumt, die Ansprüche aus der Lieferung von Düngemitteln sowie von anerkanntem Saatgut für das Frühjahr 1932 haben.

Das Pfandrecht gilt auch für Ansprüche aus Darlehen zur Bezahlung dieser Lieferungen. Es erlischt mit dem 1. April 1933. In Gemeinschaft mit den Düngeverbänden schafft das Reich ferner einen Garantiefonds von 90 Millionen RM, der es gestattet, zur weiteren Sicherung der Frühjahrsernte Ausfallbürgschaften bis zu einem Viertel des vorjährigen Düngemittelumsatzes zu übernehmen.

Die Ausfallgarantie wird gegeben für Düngemittelbezüge, die in der Zeit vom 1. Januar bis zum 15. Juni 1932 erfolgen, und zwar für Ausfälle, die derjenige Lieferant erleidet, der den Landwirt unmittelbar beliefert.

Die Garantie erstreckt sich auf den tatsächlichen Ausfall aus der einzelnen Lieferung bis zur Höhe von 90 Prozent, jedoch wird dem einzelnen Lieferanten insgesamt nicht mehr erstattet als 25 Prozent seines Gesamtumsatzes an Düngemitteln.

Tribute statt Reparationen?

Das Ergebnis der französischen Kammerdebatte.

Paris, 24. Januar.

Mit einer Mehrheit von etwa 60 Stimmen hat die französische Kammer dem neuen Kabinett Cavalet ihr Vertrauen bekundet. Der Ministerpräsident hat in die Aussprache mit einer zweiten Rede eingegriffen, die nichts anderes war als eine Bestätigung, teilweise eine Verstärkung der Gesichtspunkte, auf denen er seine programmatischen Erklärungen aufgebaut hatte. Für die Weltöffentlichkeit und insbesondere für Deutschland ist diese zweite Rede Cavalets deshalb ohne besonderen Reiz, es sei denn, man lege einzelne seiner so scharf zugespitzten Äußerungen in Vergleich miteinander und mit den tatsächlichen Methoden der französischen Politik.

Uns interessiert dabei besonders das, was Cavalet über die Zukunftsmöglichkeiten des gewaltigen und gütigst gesteuerten deutschen Wirtschaftsorganismus gesagt hat.

Die Tatsache, daß dieser Organismus besteht, und die Hoffnung, daß er einmal wieder erfolgreich wirken werde, dient dem französischen Ministerpräsidenten als Ausgangspunkt für die Verteidigung der französischen Ansprüche auf deutsche Leistungen, über deren Ausmaß er keine weiteren Angaben für notwendig hält. Man ist hier an einem der Punkte angelangt, wo die französische Nachkriegspolitik ihre entscheidende Wendung vollzieht, wo sie aber auch zugleich den Boden der Rechtsgrundlage, den ihr die Verträge bieten mochten, unter den Füßen verliert.

Das Ziel dieser Rede war, Frankreichs Anspruch auf Reparationen sicherzustellen. Das Ziel der heutigen Politik Frankreichs ist die Sicherstellung von deutschen Leistungen, die mit dem Begriff Wiedergutmachung nicht mehr das mindeste zu tun haben, sondern für die die Bezeichnung als Tribute die einzig mögliche ist.

Diese Erkenntnis gefördert zu haben, nicht nur in Deutschland, wenn man sie längst aus bitterster Erfahrung gewonnen hat, sondern bei den anderen Staaten und Völkern, ist vielleicht das einzige positive Verdienst der beiden Reden, mit denen der französische Ministerpräsident vor seinem an der Schwelle der Auflösung stehenden Parlament mehr französische Wahlpolitik als kluge und positive Welt-politik gemacht hat.

Frankreich selbst spürt, wie diese Erkenntnis in der Welt wächst, und das macht seine nervösen Bemühungen verständlich, sich wenigstens der Unterstützung Englands zu versichern.

Fortgang der Preisentung.

Emallwaren, Bier, Nähmaschinen, Möbel.

Berlin, 24. Januar.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat festgestellt, daß nach Auflösung der Preisbindungen in der Emallwarenindustrie

die Preise unter dem Druck des Konkurrenzkampfes dauernd gesunken sind. Damit diese Preisentungen auch dem Verbraucher zugute kommen, werden die berechtigten Preise in einer Liste zusammengefaßt und in den Geschäften ausgelegt.

Der Jahrbücher-Großhandel

hat beschlossen, den Hektolterpreis für echte Biere ab 1. Februar um eine weitere Mark zu senken.

Die Mindestpreise für Nähmaschinen

sind entsprechend der Notverordnung um 10 Prozent gesenkt worden. Die Richtpreise für Fahrräder sind aufgehoben worden; die Preise liegen bereits unter den um 10 Prozent gesenkten Listenpreisen. Bei den Verhandlungen über

die Senkung der Möbelpreise

konnte der Preiskommissar feststellen, daß die Möbelpreise bereits stärker gesunken sind, als es die Notverordnung fordert.

Preußischer Landtag.

Berlin, 24. Januar.

Der Preußische Landtag setzte am Sonnabend die allgemeine Aussprache über die preußischen Sparverordnungen und die hierzu gestellten Anträge fort.

Abg. Dr. A. A. (Komm.) kritisiert in längeren Ausführungen die Sparverordnungen und erklärt, auch die mittlere und untere Beamenschaft sei jetzt in dem Ausbeutungsprozeß hineingezogen, der an den Arbeitern bereits seit vielen Jahren vollzogen werde.

Abg. Heidenreich (DVP.) behauptet, daß die Regierung trotz wiederholter Aufforderung noch immer keine Aufklärung über ihre vielbesprochenen Pläne auf dem Gebiet der Verwaltungsreform gegeben habe. Seine Fraktion stehe auf dem Standpunkt, daß Zwergkreise zusammengelegt werden müßten. Aber die Kosten für die Bevölkerung dürften nicht größer werden, als der Staat für sich erspare.

Abg. Baedeker-Berlin (Landvolk.) sagt, auch eine Sparverordnung des Reichspräsidenten könne nicht neues Recht schaffen. Die jüngsten preußischen Kreditmaßnahmen beruhten nicht auf gesetzlicher Grundlage. Die Notverordnungen zeigten, wie weit das heute herrschende System von den Grundlagen des preußischen Staates sich entfernt habe. Für das Landvolk bleibe daher nichts anderes übrig als Ablehnung und Kampf.

Abg. Barteld (Staatspartei) erklärt, in der Sparverordnung habe auch er manche Bestimmungen für rechtmäßig. Die Entscheidung darüber liege bei den Wählern. Auch seine Partei lehne jede neue Steuer ab und erkläre, daß unter keinen Umständen in die Bezüge der Beamten, Arbeiter und Angestellten weiter eingegriffen werden dürfe.

Abg. H. a. e. (Wirtsch.) weist auf eine Äußerung des früheren Finanzministers Dr. Höpfer-Wischhoff hin, aus der hervorgehe, daß die Regierungsparteien schon im Jahre 1927 wegen ihrer Haushaltswirtschaft gewarnt worden seien.

Abg. J. a. p. (Dnall.) erörtert die gegenwärtigen Schulverhältnisse. Die Folge der heutigen Erziehung, soweit sie von der Schule ausgehe, sei Ungehorsam und Haltlosigkeit der Jugend. Das Staatsministerium treibe eine ganz verkehrte Kulturpolitik.

Abg. Dr. Bohner (Staatsp.) tritt für die Aufrechterhaltung der Pädagogischen Akademien ein. Die Härten der Sparverordnung für die Lehrpersonen müßten durch Ausführungsbestimmungen gemildert werden.

Abg. Berdes (Dt. Landvolk) fragt, warum die Staatsregierung nicht beim Reich gegen die Landwirtschaft zugrunde richtende Einflüsse vorstellig geworden sei, und wendet sich gegen den Plan einer Zusammenlegung der kleinen Kreise.

Die Anträge zu den Sparverordnungen gehen nun an den Hauptausschuß. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt.

Deutsche Tageschau.

Kein neues Besoldungsgezet.

Reichsfinanzminister Dietrich hat energisch bestritten, daß sein Ministerium vom Kabinett den Auftrag erhalten habe, ein neues Beamtenbesoldungsgezet auszuarbeiten. Auch Dietrich habe einen solchen Auftrag nicht erteilt. Keine Stelle des Reichsfinanzministeriums sei mit der Bearbeitung eines solchen Entwurfes beauftragt worden. Jeder, der die Aufregungen kennt, die die Ausarbeitung eines neuen Beamtenbesoldungsgezetes mit sich bringen würde, vermag daraus zu entnehmen, daß die Reichsregierung nicht daran denkt, sich zu allen ihren Schwierigkeiten noch die eines neuen Beamtenbesoldungsgezetes aufzubürden.

Die Vorfälle an der Universität Halle.

Der Senat der Universität Halle hat den Theologiestudenten Mehnert, der vor einigen Tagen Feuerwerkskörper vor dem Hörsaal Professor Dehns zur Entzündung gebracht hatte, von der Universität verwiesen. Der Fall Dehn selbst ist in der Senatsitzung nicht behandelt worden. Der Rektor hat auch entsprechend der ihm auferlegten Schweigepflicht keine Mitteilungen über Verlauf und Ergebnis seiner Besprechungen in Berlin gemacht.

Abzeichen tragen auch in Bayern wieder erlaubt.

Ämtlich wird mitgeteilt: „Nachdem durch Notverordnung der Reichspräsidenten von dem Verbot des Tragens politischer Uniformen und Abzeichen das Tragen der sogenannten Bundesadler ausgenommen worden ist, sind auch in Bayern durch Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern Adlern, Kroketten und ähnliche kleinere Abzeichen in der Form und Größe, wie sie bisher bei politischen Vereinigungen üblicherweise getragen wurden, von dem Verbot des Tragens ausgenommen worden. Damit ist der Rechtszustand wiederhergestellt, wie er vor dem 8. Dezember in Bayern schon bestand.“

Eisler für die Wahl Hindenburgs.

Der Führer des Bayerischen Heimatschutzes, Forstmeister Eisler, veröffentlicht eine Erklärung zur Reichspräsidentenwahl, worin er allen Heimatschutzkameraden seine Stellungnahme zur Wahl bekanntgibt: Wer seine Heimat schützen und retten wolle, habe Hindenburg zu wählen. Dieser Name sei geachtet in der ganzen Welt, auch bei den ehemaligen Feindstaaten. Dieser Name bedeute Ordnung, Sicherheit und Autorität. Hindenburg sei ein wahrer Vater des Vaterlandes, er sei ein Symbol für Deutschlands Gediegenheit. Ein solcher Mann verdiene es nicht, daß man seine Treue mit Untreue vergelte.

Auslands-Rundschau.

Die Randstaaten und der Butterzoll.

In Estland und Lettland wird von der Presse die Erhöhung des deutschen Butterzolls lebhaft besprochen. Die Blätter vertreten dabei die Ansicht, daß die Randstaaten gezwungenermaßen auch ihren Import von Deutschland nach dem Westen verschleppen müßten. Das konservative lettische Blatt „Latvian“ ist der Ansicht, daß sich nach diesem Ereignis stärker als bisher in den Kreisen von Handel und Industrie die Stimmen erheben dürften, die für eine Orientierung des lettischen Imports nach den westeuropäischen Ländern, England, Frankreich und Belgien, eintreten.

Bulgarische Junker im Dienst der Sowjetunion.

Die bulgarische Polizei verhaftete die Bordunter der bulgarischen Dampfer „Zar Ferdinand“ und „Bulgaria“. Beide Junker haben bereits eingestanden, daß sie seit Monaten alle wichtigen Vorgänge in Bulgarien nach Odessa gesenkt und von dort Anweisungen zur Weitergabe an die bulgarische Komintern erhalten hätten. Die Polizei verhaftete ferner zahlreiche Telegraphisten der Postämter Burgas, Varna und Ruse, die den Funkstationen der Dampfer Zubringerdienste leisteten.

Zahlreiche Ortschaften zerstört.

Zu den von schweren Erdstößen begleiteten Vulkanausbrüchen in Guatemala wird gemeldet, daß die Ortschaften Antigua, Santa Lucia und Cohamahuapa sowie zahlreiche Dörfer vernichtet sein sollen. 60 Erdstöße wurden verzeichnet, während die Vulkane Fuego und Acatenango in der Nähe der Stadt Guatemala in voller Tätigkeit waren.

In der Stadt Guatemala sowie an der Grenze zwischen Guatemala und San Salvador ist der Himmel durch Aschenregen völlig verdunkelt. Das Observatorium von San Salvador hat weitere starke Erdstöße verzeichnet.

Turnen und Sport.

Der Polzeibogkampf Berlin-Paris im Berliner Sportpalast brachte einen überlegenen Sieg der Berliner mit 10:0 Punkten. Im Schwergewicht konnte der Berliner Ramek gegen den Londoner Titmus ein Unentschieden herausziehen. Bernhöfer-Stuttgart gewann den Mittelgewichtskampf gegen Hornemann-Berlin, Galkowski-Berlin den Halbschwergewichtskampf gegen Senf-Berlin. Im Leichtgewicht siegte der deutsche Meister Donner-Berlin über den Österreicher Schwarz.

Der Kampf Schmeling-Sharkey scheint nunmehr endgültig gesichert zu sein. Die Vertreter beider Boxer haben den Kampfvertrag unterzeichnet. Das Treffen soll am 18. Juni im New Yorker Yankee-Stadion über 15 Runden gehen. Schmeling erhält 37,5, Sharkey 12,5 Prozent der Einnahmen.

Carnera hat Schmeling auf 100.000 Dollar verklagt, da der Deutsche seinen Vertrag nicht eingehalten habe.

An den Olympischen Winterspielen beteiligten sich 17 Länder mit 354 Einzelmeldungen. Die höchsten Teilnehmerzahlen haben naturgemäß USA. und Kanada mit allein 173 Teilnehmern. Folgende Länder sind beteiligt: Belgien, Deutschland, England, Finnland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Norwegen, Österreich, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Ungarn und USA. — Die Tschechoslowakei hat doch noch einen Kunstläufer gemeldet. Es ist dies Dr. Vonger-Troppau, den Bödl in Amerika entdeckt hat. — Deutschlands Bobschläger sind bereits in Neuyork angekommen.

Aus Bad Somburg und Umgebung

Winterfest des Vaterländischen Frauenvereins.

Es wäre falsch, wollte man immer mit dem Stimmungsstrom der Zeit, der augenblicklich in den pessimistischsten Farben schillert, schwimmen. Die Psyche des Menschen verlangt nach Abwechslung, und so war es verständlich und gut, daß der Vaterländische Frauenverein vom Rolen Kreuz, der nun schon seit Wochen in Gemeinschaft mit den anderen Wohlfahrtsorganisationen unserer Stadt die „Winterhilfe“ organisiert und dadurch mit großem Erfolg den Kampf gegen den Feind „Nol“ aufgenommen hat, seinen Mitgliedern und Freunden einmal einige Stunden Heiteres und Erhellendes bot.

Das diesjährige Winterfest des Vaterländischen Frauenvereins, das vergangenen Samstag im Kurhaus stattfand, wirkte sich zu einem vollen Erfolg der veranstaltenden Organisation aus. Der Mittelsaal des Kurhauses, in dem der „Bunte Abend“ startete, bot ein außergewöhnlich festliches Bild, wie man es in der diesjährigen, so veranstaltungsarmen Winteraison noch nicht gesehen hat. Elegant gekleidete Damen, bemohnig und beschränkte Herren hielten die Stuhlreihen des angenehmen prunkenden Saales eingenommen. Die Tanzkapelle Burkart eröffnete das Programm mit einigen bekannten Melodien helleren Stils und ließ hierauf den Conférencier des Abends, Herrn Bergmann vom Neuen Theater in Frankfurt a. M., zu Worte kommen. Als temperamentvoller und recht sympathischer Ansager hatte es Bergmann gleich mit Beginn seiner Rede und Redensarten verstanden, sein Auditorium bestens zu unterhalten. Bergmann selbst konnte mit einigen helleren Vorträgen und einem Klavierstück, bei dem er sich durch wunderbares Kunstfertigkeit begleitete, starken Erfolg buchen. Frau Erika Körner-Tiller vom Frankfurter Opernhaus, derzeitig als „Röhmwirlin“ von den Theaterbesuchern gefeiert, gab in einigen Vledern Proben ihrer hohen Kunst ab. Es mußte aber verwundern, daß es die Sängerin mit der Zahl ihrer Zugaben recht genau nahm. Ihr Kollege Emil Seidenpinner war diesbezüglich großzügiger. Seine Gesänge und akrobatischen Tänze ließen beim Publikum beste Laune wallen, und nur ungern nahm man von dem „schönen Stimmstimm“ Abschied. Den Klavierpart des Abends hatte Fräulein Eugénie Casaire übernommen, die geschmackvoll und mit sicherer Hand begleitete. Die Kapelle Burkart bot während der Pause und als Finale des bunten Programms besten Schlagerfalsch.

Der nun folgende gefällige Teil des Abends wickelte sich in den Varräumen ab. Unermüdlich ließ die Kurhauskapelle ihr Spiel erklingen, so daß allseits gute Stimmung waltete. Eine reichhaltige Tombola brachte manchem Gewinner ein schönes Geschenk. Es ist zu wünschen, daß der Erlös des Abends, der zur Vinderung der Nol Verwendung finden wird, zur Zufriedenheit der Veranstalter ausgefallen ist.

Miete muß bezahlt werden.

Verhaltensmaßregeln zur Mietforderungsfrage.

Bekanntlich sollten nach den Bestimmungen über die Mietentung die Vermieter bis zum 25. Januar d. J. ihren Mietern eine endgültige Mitteilung über die neue Miete machen. Nun wird in einer Reihe von Fällen die endgültige Mitteilung bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich sein, weil noch gewisse Vorfragen zu klären sind. Das gilt vor allem für Neubauten, wo das Ausmaß der Zinsentung, von der wiederum die Mietermäßigung abhängt, noch nicht überall voll zu übersehen ist. Die Reichsregierung hat trotzdem die genannte Frist nicht verlängert, um zu vermeiden, daß die endgültige Klärung weiter als unbedingt erforderlich hinausgeschoben wird.

Zwar ist der Mieter nach den Durchführungsvorschriften zur Mietforderung vor Rechtsnachteilen geschützt, wenn er infolge des Fehlens der endgültigen Benachrichtigung seine Miete nicht oder nicht rechtzeitig zahlt. Dieser Schutz vor Rechtsfolgen bedeutet aber keineswegs, daß der Mieter von der Verpflichtung zur Mietzahlung in diesen Fällen überhaupt befreit ist. Auch dann, wenn eine endgültige Mitteilung über den neuen Mietszins noch nicht gegeben ist, hat der Mieter mindestens den Betrag zu zahlen, der sich vorläufig als endgültige Miete erweisen wird.

Realsteuern der Gemeinden.

Durch die Vierte Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ist das Verbot der Erhöhung der Realsteuern in den Gemeinden bis zu einem bestimmten Umfang aufgehoben worden. Es ist dabei an solche Gemeinden gedacht, in denen die Realsteuereinzugschläge noch verhältnismäßig niedrig liegen und hinter dem Landesdurchschnitt zurückbleiben. Es kann aber, wie die RSC. mitteilt, nach den neuesten preußischen Bestimmungen auch geprüft werden, ob eine Erhöhung der Biersteuer, der Bürgersteuer und gegebenenfalls auch der Gemeindegetränksteuer den Vorzug vor der Erhöhung der Realsteuern verdient. In jedem Falle müssen alle Erparnismöglichkeiten auf der Ausgaben Seite erschöpft sein, bevor diese Steuererhöhung eintritt. Der maßgebende Landesdurchschnittssatz für Preußen ist der Höchstssatz, bis zu dem eine Erhöhung außerordentlich durchgeführt werden kann. Er stellt sich wie folgt dar: 260 v. H. bei der Grundvermögensteuer vom landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Grundvermögen (Grundvermögensteuer II), 290 v. H. beim übrigen Grundvermögen (Grundvermögensteuer I), 500 v. H. bei der Gewerbesteuer, 1000 v. H. bei der Gewerbesteuer, 1500 v. H. bei der Gewerbesteuer nach der Lohnsumme. Bei den Gemeinden bis zu 100 000 Einwohnern ist in Preußen der Regierungspräsident ermächtigt, nach den erfolgten Beschlüssen der Gemeinden Erhöhungen bis zu diesen Sätzen zuzulassen. Für Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern ist die Genehmigung des Innenministeriums nachzusuchen.

Wegen Steuerrückgangs...

Die aufgehobenen Verzugszuschläge wieder eingeführt.

Die durch die 4. Notverordnung vom 8. Dezember 1931 aufgehobenen Steuerverzugszuschläge werden am 1. Februar wieder eingeführt. Der neue Verzugszuschlag beträgt halbmöndlich 1,5 Prozent, während der alte Verzugszuschlag bekanntlich erheblich höher war.

Der Zuschlag gilt für die wesentlichsten Steuerarten, sowohl für die Steuern des Reiches als auch der Länder und Gemeinden, u. a. für die Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Körperschaftsteuer, Grund- und Gewerbesteuer usw. Die Bürgersteuer wird von den neuen Maßnahmen nicht erfaßt. Die Wiedereinführung der Steuerverzugszuschläge ist darauf zurückzuführen, daß die Steuereingänge in letzter Zeit erheblich zurückgegangen sind. Das Reichsfinanzministerium hat sich insbesondere von dem Gedanken leiten lassen, daß die Gemeinden unter allen Umständen die notwendigen Gelder für die Wohlfahrtsverwaltungsarbeiten zur Verfügung haben müssen.

Tierquälerei.

Stehen da zwei junge Burschen vor Gericht, angeklagt der Tierquälerei und sind höchst verwundert, daß ihnen acht Tage Gefängnis zubilligt werden. Was haben sie begangen? Eine Robei, die unmenschlich ist, die nach Sühne schreit, haben sie doch einer Rabe den Schwanz mit Wolle umwickelt und ihn dann angestekt, weil das arme Tier durch sein Krähen die Ruhe der beiden Schlafburschen störte. „Ein Mensch, der noch nicht völlig verroht ist, kann diese Tat nicht billigen!“ — sagt der Richter. Und mit Recht, seitdem die Tierquälerei nicht mehr genügend geahndet wird, nimmt sie in einem unglaublichen Maßstabe überhand. Die Menschen scheinen ihre ganze Wut an den Tieren auszulassen, entladen ihren aufgeschaukelten Groll auf deren Rücken. Da geht ein Ausreiter mit der Peitsche auf ein Pferd los, da bekommt ein Hund ein paar Fußtritte, daß er sich überdrehend in die nächste Ecke tollert. Dabei ist das Haustier ein Freund des Menschen, der seine Dienste in Anspruch nimmt und dieses „verdammte“ Haustier oft genug für seinen persönlichen Vorteil ausnützt. Früher einmal, gaben die Tierquälereien noch kleine Bücher heraus, in denen allerlei belehrende Tiergeschichten gedruckt standen. Sie waren so nett abgefaßt, und die Schilderungen so anschaulich, daß man sie als Erwachsener gern gelesen hatte. Der Hauptzweck aber war der, sie wurden als Schullektüre verwendet und brachten dem Kinde frühzeitig die Liebe zum Tier bei. Heute ist das nicht mehr so. Heute wird kaum noch die Liebe vom Mensch zum Mensch gelehrt, geschweige denn vom Mensch zum Tier. Aber derjenige, der etwas Empfinden und Gefühl im Leibe hat, er sollte von selbst wissen, daß ein Tier auch ein Recht auf Leben und auf anständige Behandlung hat, und er sollte sich vor allen Dingen immer wieder vor Augen halten: Auch das Tier fühlt genau so, wie er jeden Schmerz!

Die Straßenreinigungs-Verordnung hat

Rechtskraft erlangt. Die Magistratspreßstelle schreibt uns: In dem heute erschienenen Amtsblatt der Preußischen Regierung zu Wiesbaden (No. 3, vom 18. Januar 1932) ist u. a. die Polizeiverordnung über die Straßenreinigung im Stadtbezirk Bad Somburg v. d. R. veröffentlicht, die damit Rechtskraft erlangt hat. Der Wortlaut entspricht der §. 31. in der hiesigen Presse mitgeteilten Bekanntmachung mit der geringer Abänderung, daß die Straßen der Innensadt, für die ursprünglich eine tägliche Reinigung vorgesehen war, nunmehr Montags, Donnerstags und Samstags, also dreimal wöchentlich gereinigt werden müssen. Bei dieser Gelegenheit kann im übrigen festgestellt werden, daß sich die neue Regelung der Straßenreinigung durchaus bewährt hat.

Beit. Einschränkung der karnevalistischen

Veranstaltungen. Die Magistratspreßstelle schreibt uns: Durch den Herrn Landrat des Oberlausitzkreises als Polizeiaufsichtsinstant ist an die Ortspolizeibehörden des Kreises zum Zwecke der Einschränkung öffentlicher Tanzlustbarkeiten während der diesjährigen Faschingszeit nachstehende Verfügung ergangen: „Im Interesse einheitlichen Vorgehens haben die Vertreter der Landkreise in ihrer Sitzung in Limburg gestern nachstehender Entschließung ihre Zustimmung erteilt: Die fortschreitende Verschlechterung der deutschen Wirtschaftslage und die zunehmende Nol wellester Volkskreise läßt eine Einschränkung des Maßes der öffentlichen Lustbarkeiten geboten erscheinen. Die Vertreter der Nass. Landkreise haben daher übereinstimmend beschlossen, die Ortspolizeibehörden anzuweisen, Anträge auf Erlaubnis zu öffentlichen karnevalistischen Veranstaltungen grundsätzlich abzulehnen und solche Veranstaltungen ausschließlich für die Tage des 7., 8. und 9. Februar 1932 (Fastnacht) zuzulassen. Wenn jedoch von einem wellergehenden Verbot öffentlicher Lustbarkeiten im Hinblick auf die dadurch zu erwartende Schädigung gewisser Wirtschaftskreise abgesehen worden ist, so geschah dies in dem Vertrauen, daß die Bevölkerung von der Einsicht geleitet wird, daß in einer so schweren Nolzeit, wie der gegenwärtigen, auch in der Veranstaltung öffentlicher Lustbarkeiten eine angemessene Einschränkung durchaus berechtigt erscheint.“

Anmerkung: Der diesjährige karnevalistische Kurhausmaskenball ist bekanntlich auf Samstag, den 6. Februar, ds. Trs. festgelegt. Es darf angenommen werden, daß für diese seit Jahrzehnten eingebürgerte Veranstaltung, die auch zugleich den Interessen des Kurbades dient, die obige Bestimmung keine Anwendung findet.

Kellerbrand. In einem Kellerraum des Hauses Rulensstraße 81, brach Samstagabend, aus bisher unbekannten Gründen Feuer aus, das sofort von der alarmierten Feuerwehr gelöscht werden konnte.

Späte Reue. Ein stellenloser Telephonist erhoffte durch einen ihm bekannten Rentner in Bad Somburg einen Posten als Hotelangestellter zu bekommen. Als er eines Nachmittags die Wohnung betreten wollte, fand er, so behauptet er, die Wohnungstür offen stehen. Er schlich sich ein und entwendete Schmuckfachen, Waffen, Antiquitäten und eine kleine Bargeldsumme. Mit diesen Sachen begab er sich in seine Wohnung, um dann bei einem Musiker in Somburg den Versuch zu machen, die Gegenstände zu verkaufen. Der Musiker hatte einen in Wiesbaden lebenden Bruder; die gestohlenen Sachen sind dann auch dort hingewandert und verkauft worden. Von dem Handel erfuhr eine Tänzerin, die mit einem der Brüder bekannt war und die aus Angli, die Polizei könne ihr selbst auf den Pelz rücken, Anzeile machte. Der Telephonist hatte inzwischen Reue bekommen und hatte sich zu dem Rentner begeben, dem er unter Tränen ein Geständnis ablegte. Der Diebstahl hatte zur Folge, daß sich nun vor dem Kleinen Schöffengericht vier Personen unter Anklage befanden. Der reuige Telephonist bekam drei Monate, die beiden Brüder erlitten wegen Hehlerei vier bzw. fünf Monate Gefängnis.

Kurhaus Bad Somburg. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß morgen Abend, 8.15 Uhr, der Lichtbilder-Vortrag Günter Grönhoff stattfindet. Eintritt für Kurhaus-Abonnenten 50 Pfg., Nichtabonnenten 1.— RM.

Vom Stromstreik. Im benachbarten Kreis Uffingen fand dieser Tage eine Bürgermeister-Versammlung statt, in der auch davon Kenntnis genommen wurde, daß der Stromstreik des Oberlausitzkreises bereits einige Gemeinden des Uffinger Landes erfaßt habe. Die Bürgermeister sahen einstimmig folgende Resolution, die der Direktion der Frankfurter Lokalbahn-N.B. in Bad Somburg zugesandt wurde:

„Die heute in Uffingen von allen Orten des Kreises Uffingen besuchte Bürgermeister-Versammlung nahm Kenntnis von dem Uebergreifen der Streikbewegung des Oberlausitzkreises gegen den Strompreis auf den Kreis Uffingen. Sie appelliert an die Frankfurter Lokalbahn-N.B., den Strompreis den heuligen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend herabzusetzen, um den Streik, der sonst sicherlich in allen Orten des Kreises zur Durchführung kommt, zu vermeiden.“

Seinen 70. Geburtstag begeht morgen bei bestem Wohlfühlen Herr Bankdirektor a. D. Fritz Saffran. Wir gratulieren.

— Wie soll frankiert werden? Die Reichspost teilt mit: „Die neuen Freimarken zu 6 und 12 Pfennig werden voraussichtlich erst in der ersten Hälfte des Monats Februar erscheinen und zum Verkauf gestellt werden können. Bis dahin müssen die Fernbriefe — 12 Pfennig — und die Fernpostkarten ohne Wertstempel — 6 Pfennig — mit den vorhandenen Marken zu 3, 4 und 8 Pfennig freigemacht werden. Um die Abtempelung zu beschleunigen und die unverzügliche Absendung der Briefe sicherzustellen, bittet die Reichspost, bis zur Ausgabe der neuen Freimarken die Sendungen mit einer möglichst geringen Zahl der vorhandenen Marken freizumachen und diese am oberen Rand der Briefe und Postkarten von rechts nach links — nicht an der Seite von oben nach unten — aufzukleben, damit die Sendungen durch die Stempelmaschinen gehen können. Da vielfache Fehlfreimachungen beobachtet werden, wird darauf hingewiesen, daß die Gebühren für Ortsbriefe und für Drucksachen allgemein nicht ermäßigt worden sind (Ortsbriefe bis 20 Gramm 8 Pfennig, Ortspostkarten 5 Pfennig, einfache Drucksachen unter Umschlag 4 Pfennig.“

Edouard Manet.

Zum 100. Geburtstag des ersten Impressionisten.

In einer Pariser Kritik aus den sechziger Jahren konnte man lesen: „Ein merkwürdiger Fall ist zu verzeichnen. Ein junger Maler ist ganz nach seinen persönlichen Eindrücken gefolgt und hat ein paar Dinge gemalt, die nicht recht in die Regeln passen, die in den Schulen gelehrt werden. Er hat auf diese Weise Bilder gemacht, welche die Augen der an andere Anblicke Gewöhnten beleidigen. Statt nun den jungen Maler schlechthin zu beschimpfen, wird man sich erst klarmachen müssen, weshalb und ob mit Recht unsere Augen verwundet werden.“

Das war die Zeit der ersten ersten Würdigung des großen französischen Malers Edouard Manet, der vor 100 Jahren am 23. Januar in Paris geboren wurde. Jedoch bald genug wurde aus dieser noch recht kritischen Würdigung die begeisterte Anerkennung des neuen Weges, den Manet in der Kunst beschritt, und der durch seine neue Behandlung der Farben als Vermittler der natürlichen Wirkung des Lichtes die Schule des Impressionismus begründete. Dadurch wurde er weit über sein Heimatland hinaus zum Bahnbrecher, und seine Verehrer äußerten sich in der Ausdrucksweise der Maler: „Die braunen Saucen der Bolognesen überstrahlt hell und glänzend die Manetsche Sonne.“ So herrlich die Gemälde der Alten sind, ihre Figuren und Landschaften stehen in einer Beleuchtung, die der Natur widerspricht. Erst seit Manet kennt man in der Malerei den Duft der Sonnenstrahlen, den Zauber zitternder Luftmassen über leuchtender Sommerlandschaft. Die Maler strömten aus den Ateliers ins Freie, um in der realistischen Wiedergabe der Natur ihr bestes Vorbild zu finden. Auch in der Gestaltung menschlicher Gruppen verschwand das gestellte Modell gegenüber der dem Leben abgelauchten Szene.

Gebt für die Winterhilfe!

Verantw. für den redaktionellen Teil: E. Herz, Bad Somburg
Für den Inseratenteil: Fritz W. A. Krügenbrink, Bad Somburg
Drucker und Verleger: Otto Wagenbreth & Co., Bad Somburg

Hände weg!

Das Saargebiet und französische Zwangsmaßnahmen.

Berlin, 24. Januar.

Ein französisches Blatt hat auf der Suche nach Druckmitteln gegenüber Deutschland die Frage aufgeworfen, was Frankreich daran hindert, zu erklären, daß das Saargebiet Frankreich auf unbestimmte Zeit als Pfand für unbezahlte Schulden dienen könne. Die Antwort ergibt sich aus der von den Franzosen so heftig zitierten Heiligkeit der Verträge; denn der Versailler Vertrag sagt an der das Saargebiet betreffenden Stelle ausdrücklich, daß der Völkerverbund als Treuhänder die Regierung des Saargebietes übernimmt.

Frankreich hat also juristisch nicht das allergeringste Recht, Hand an das deutsche Saargebiet zu legen. Die Un Sinnigkeit der französischen Forderung ergibt sich ferner aus der weiteren Bestimmung des Versailler Vertrages, daß nach Ablauf von 15 Jahren, also spätestens im Jahre 1935, die Volksabstimmung stattfinden muß.

Gerüchte um den Sarraani-Brand.

Konkurrenzneid als Ursache?

Berlin, 24. Januar.

In Lüttich gingen dem Sarraani-Brand in Antwerpen deutschfeindliche Kundgebungen voraus, bei denen gefährliche Flugchriften verteilt wurden, die vor einem Besuch des deutschen Zirkus Sarraani warnten.

Später wurde in einigen Meldungen aus Brüssel auf Grund des vorläufigen Ergebnisses der kriminalpolizeilichen Untersuchung die Vermutung ausgesprochen, daß ein deutsches, gegenwärtig in Brüssel engagiertes Konkurrenzunternehmen diese Kundgebungen und Schmähchriften veranlaßt und bezahlt habe.

Hierzu teilt der offenbar mit diesen Verdächtigungen gemeinte deutsche Zirkus Gleich mit, daß er Verwahrung gegen eine solche Bezeichnung einlege, da er weder direkt noch indirekt mit den Lütticher Vorgängen etwas zu tun habe.

Demgegenüber hält Direktor Stofch-Sarraani seine Behauptungen aufrecht, daß die Lütticher Vorgänge von Kreisen ausgingen, die dem Zirkus Gleich nahestanden.

In denselben Kreisen dürften auch die Brandstifter zu suchen sein. In den letzten Tagen habe die belgische Untersuchungsbehörde zwei Haftbefehle erlassen gegen einen Artisten Libol und den Geschäftsführer des belgischen Artistenverbandes, Dehn. Inzwischen sei die Untersuchung gegen einen Künstler, der früher bei Gleich und kurze Zeit auch bei Sarraani beschäftigt gewesen sei, abgeschlossen worden, die mit der Haftentlassung des Betreffenden geendet habe. Der Pressechef des Zirkus Sarraani, der verschiedene Falschmeldungen über den Umfang des Brandes verschuldet habe, sei fristlos entlassen worden. Direktor Stofch-Sarraani hofft in den nächsten Tagen die Vorstellungen in Antwerpen wieder fortsetzen zu können.

Einstellung der Bergungsarbeiten. Bisher haben die Bergungsarbeiten auf der Karlsen-Zentrum-Grube bei Beuthen zu keinem weiteren Erfolg geführt. Nun ist die Frage akut geworden, ob man das Leben der Rettungsmannschaften noch weiterhin aufs Spiel setzen soll. Gerade die Arbeiten der letzten Tage haben wieder allergrößte Schwierigkeiten gebracht, und mehr als einmal waren die Mannschaften in Gefahr, vom nachrutschenden Gestein erschlagen zu werden. Eine Kommission der Bergbehörde und der Grubenverwaltung war eingefahren, um die Lage zu prüfen. Die Kommission ist zu der Überzeugung gekommen, daß die Verminten nicht mehr leben können und eine Fortsetzung der Bergungsarbeiten für das Leben der einzulegenden Mannschaften äußerst gefährlich ist. Die Bergbehörde hat sich mit der Einstellung der Bergungsarbeiten einverstanden erklärt. Auch die Hinterbliebenen der Verminten sind damit einverstanden.

Ehemaliger Schachmeister festgenommen. In der Arbeiterkolonie Wilhelmsdorf bei Barrel, die zu den Bodelschwinghschen Anstalten an der Senne gehört, ist der Gerichtsassessor Johannes Redlin, der als Schachmeister des

Deutschen Sängerbundes 900 000 RM unterschlagen hatte und sich seit seiner Verurteilung zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis verborgenhielt, festgenommen worden. Redlin hielt sich seit dem 4. Januar in Wilhelmsdorf auf. Er wird nach Berlin zurückgebracht werden.

Neue Eisenbahnanlagen bei Amsterdam. Nachdem vor einigen Tagen der Versuch mißlungen war, bei Amsterdam einen Zug zur Entgleisung zu bringen, ist dieser Versuch wiederholt worden, und zwar auf den Linien Amsterdam-Haarlem, Zaandam-Amsterdam. In beiden Fällen sind von den Tätern Eisenbahnschwellen auf die Schienen gelegt, jedoch von den Maschinen zersplittert und weggeschleudert worden, ohne daß sich ein Unglück ereignete. Die Polizei ist bemüht, die Täter ausfindig zu machen. Die Eisenbahnlinien in der Umgebung von Amsterdam werden streng überwacht.

Historisches Schloss durch Feuer zerstört. Durch Feuer ist das Schloss Neuwerterken bei Saint Trond (Belgien), das aus dem 16. Jahrhundert stammt, zerstört worden. Die prachtvolle Sammlung antiker Möbel fiel den Flammen zum Opfer. Der Schaden beträgt mehrere Millionen Franken.

Englisches U-Boot auf Grund geraten. Auf der Höhe der Dunno-Spize (Insel Wigh) lief das englische Unterseeboot „Rainbow“ auf Grund. Die Admiralität teilt mit, daß keine Gefahr vorhanden sei und daß das Schiff mit eigener Kraft wieder flott werden würde.

Sechs Personen bei einem Dorfbrand umgekommen. Drei Frauen und drei Kinder sind bei einem großen Dorfbrand an der Westküste Sumatras in den Flammen umgekommen.

Schwere Zusammenstöße in New York. Zwischen Hunderten von Polizisten und etwa 4000 Einwohnern kam es im New Yorker Arbeiterviertel Bronx zu schweren Zusammenstößen, als die Polizei 60 Familien, die in einen Mieterstreik getreten waren, aus ihren Wohnungen weissen wollte. Es entwickelten sich wilde Schlägereien. Sieben Personen wurden verhaftet.

Beir.

Neue Gas- u. Wasserpreise

Ab Verrechnungsmonat Januar 1932 gelten folgende ermäßigte Gaspreise:

1. für 1-30 cbm Verbrauch im Monat 23 Pfg. je cbm (bisher 25 Pfg.).
2. für die nächsten 31-60 cbm im Monat 20 Pfg. je cbm (bisher 22 Pfg.).
3. für die weiteren cbm Gas im Monat 19 Pfg.

Der Wasserpreis wird für Fabriken und gewerbliche Betriebe mit größeren Wasserverbräuchen von 40 auf 35 Pfg. je cbm gesenkt und zwar nur auf schriftlichen Antrag beim Wasserwerk unter Angabe der Anzahl der im Hause wohnenden Personen.

Bad Homburg v. d. Höhe, den 23. Januar 1932.

Die Gas- und Wasserwerke-Deputation.



Für Karnevals Veranstaltungen

Eintrittskarten
Programme * Plakate
Lieder

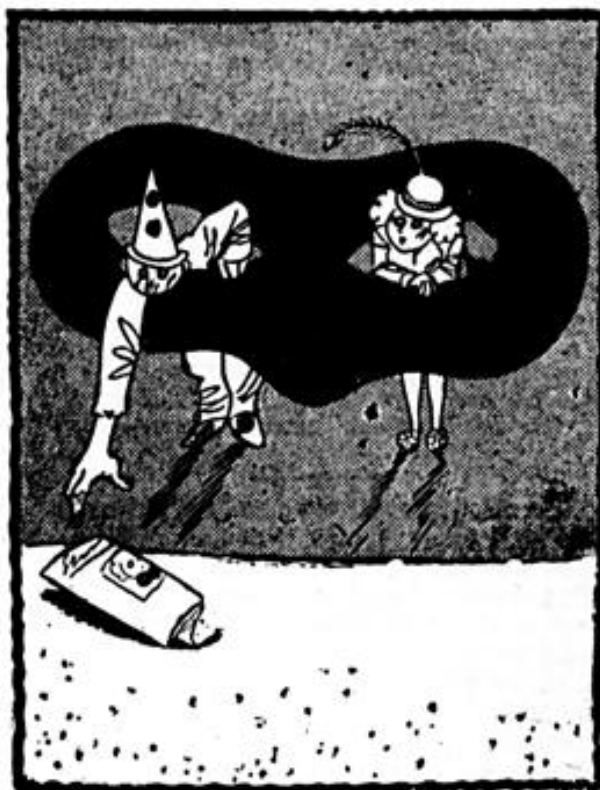
liefern in ein- und mehrfarbiger Ausführung billigs!

„Bad Homburger Neueste Nachrichten“

Vertreter-Gesuch

Tüchtige Fachleute als Vertreter und Mitarbeiter gesucht.
Allgemeine Bauparkasse e. G. m. b. H.,
Aöln, Norbertstraße 31.

Landes-Direktion: Frankfurt/Main, Feldbergstraße 42.



Etwas Faschingslaune —
und unsere Tageszeitung mit der beliebten reich illustrierten Sonntagsbeilage. Zwei Dinge, die uns gerade jetzt für Stunden die schweren Zeiten vergessen machen! Beginnen Sie schon heute, sich auf unsere am Wochenende erscheinende nächste Illustrierte „Der Sonntag“ zu freuen.

Die Subskriptionsfrist

für die Leinenausgabe des „Großen Herder“ in 12 Bänden und einem Welt- und Wirtschafts atlas geht zu Ende

Um wirklich allen Volksschichten das zeitgemäße große Nachschlagewerk zugänglich zu machen, wurde ein Vorbestellpreis festgesetzt, innerhalb dessen folgende Ratenzahlungen möglich sind:

Bei einmaliger Vorauszahlung M. 300.—
in 5 Jahresraten von je M. 60.— = M. 300.—
in 10 Halbjahresraten von je M. 30.— = M. 300.—
in 20 Vierteljahresraten von je M. 15.— = M. 300.—
in 60 Monatsraten von je M. 5.— = M. 300.—

Mit dem Erscheinen des zweiten Bandes (Februar 1932) wird dieser Sonderpreis ungültig. Eilen Sie also, das Werk noch rechtzeitig zu erwerben, damit Sie den Vorteil des Subskriptionspreises zu genießen vermögen. Probehefte und Prospekte bekommen Sie kostenlos in Ihrer Buchhandlung oder vom Verlag. Bei beiden können Sie auch subskribieren!

DER VERLAG HERDER • FREIBURG I. BR.

Linoleum, Tapeten

kaufen Sie billig bei H. & W. KOFLER

Tapeten von 15 J die Rolle an. Luitensstr. 32 Tel. 2551

Kurhaus-Theater Bad Homburg

Gastspiele des Hanauer Stadt-Theaters

Direktion: E. Plorowski

Donnerstag, den 28. Januar 1932,

abends 7.30 Uhr:

13. Vorstellung im Abonnement! Die Dollarprinzessin

Operette in 3 Akten

von Willner und Grünbaum.

Musik von Leo Fall.

Spielleitung: Emmerich Josefa.

Musikalische Leitung: Dr. F. Böhl.

Anfang 7.30 Uhr. — Ende 10 Uhr.

Preise der Plätze: Mk. 4.50, 4.—, 3.50, 2.—,

1.50, 1.—, ausgl. Steuer.

Kartenverkauf im Kurhaus.

Vertreter

zum Verkauf von

Saatgut

(Kartoffeln, Hafer,

Gerste etc.) & Früh-

jahreslieferung, die

bei der Landwirtschaft

stetig eingeführt

sind, gegen hohe

Provision gesucht.

Zuschriften u. B 70

an Thüringer Land-

bund, Erfurt, Seyd-

itz 17.

Tüchtige

Vertreter

für Kapital- u. Ma-

bilargeschäfte gegen

hohe Entschädigung

an all. Plätzen gef.

Verbandsmitglied

Dir. Günter,

Hamburg,

Neuerwall 71.

Darlehens an alle

Berufe, auch Beamte

und Damen v. Selbst-

geber, Hypotheken d.

Markts, Hannover.

Böhlstr. 6.

Schöne kleine

Pension

im Schwarzwald

auch als Erholungs-

heim geeignet, kompl.

eingerichtet, mit Pie-

gehele, sofort sehr

preiswert verkäuflich.

Anfragen u. B. 393

Kanon. - Expedition

A. Verghorn,

Berlin SW 68.

Ältere ruhige Dame

mit Stütze sucht in

einfach. Daufe (1. Etg.)

sofort

2 Zimmer

möbliert, mit Bade-

gelegenheit u. kl. Küche.

Ordnung. Offert.

mit Preis beförd. die

Ergeb. dieser Zeitung

unter A 670.

5-Zimmer-

Wohnung

mit Bad u. Kube-

hür in guter Wohn-

lage sofort od. zum

1. April gesucht. —

Offerten unt. A 777

an die Geschäftsst.

dieser Zeitg. erbet.

Großer heller

Betriebsraum

sofort oder später zu

mieten gesucht. An-

gebote mit Größen-

und äußerster Preis-

Angabe befördert die

Geschäftsst. d. Zeitg.

Filiale Pension garant. Mt. 1.200 mo-

natl. Bruttoverb. Fabrikwaren

erford. risikolos Mt. 500 bis 3.000, Wohnort

gleich. Off. 10060, Ala-Berlin W. 35

Wer sucht einträgliche Erbkennz?

Tüchtige, geschäftsgew. Herren können durch

Übernahme unserer Geschäftsstelle monatl.

bis 600 Rmk. verdienen. Kein Kundenbe-

such! Empfangszimmer erforderl. Sofort

tägliche Vereinnahm. Angebote unt. B. 305

an „Ala“ Daafenstein u. Wogler, Leipzig

Konzertpianistin (Schule Schnabel) sucht

möbl. Zimmer in Hamburg oder Frank-

furt gegen Klavier-Unterricht oder En-

semble. Zuschr. unter Ta. B. 8525 beförd.

Rudolf Woffe, Berlin W 50, Tauentzienstr. 2.

Rationelle Weltwirtschaft.

Jedliche Wirtschaft wird unter der Devise „So rationell wie möglich!“ aufgebaut, also hat man auch versucht, durch Rationalisierung der Weltwirtschaft die Probleme zu lösen, die bei der gleichmäßigen Versorgung der ganzen Menschheit mit Nahrungs- und Bedarfsartikeln aller Art auftreten. Durch einen regen Handel und Verkehr wurden die größten Entfernungen überbrückt, damit der Ueberfluß des einzelnen Landes den Mangel des anderen decken half. In der letzten Zeit aber mehrten sich die Länder, die von diesen weltwirtschaftlichen Grundfäden abfielen. Selbst England, das traditionelle Land des Freihandels, droht jetzt seine Einfuhr durch Zollschranken mit der Begründung, daß seine Währungsschwierigkeiten diese Maßnahmen erforderlich machen.

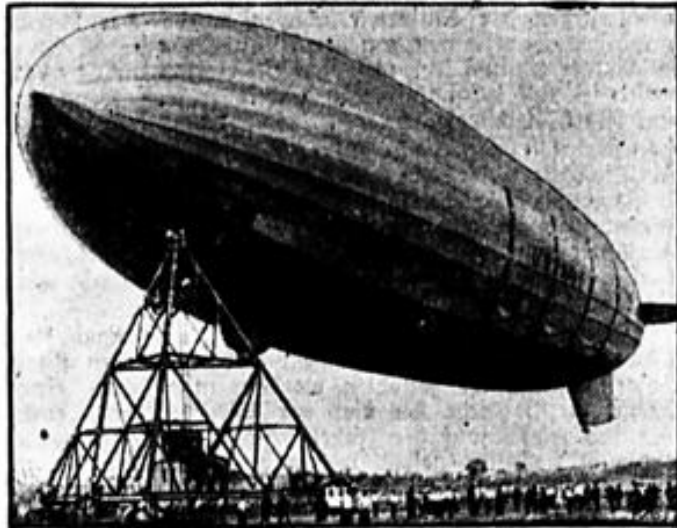
Es ist daher nicht zu verwundern, daß sich auch bei uns die Stimmen mehrten, die eine weitere Beschränkung der Einfuhr durch Schutzzölle und Einfuhrverbote fordern. Theoretisch gesehen hat es vielleicht etwas für sich, wenn ein Land den Versuch macht, seine Einfuhr auf ein Minimum zu reduzieren bei gleichzeitiger möglicher Vergrößerung seiner Ausfuhr. Praktisch ist aber eine Aufrechterhaltung der Ausfuhr oder gar noch eine Steigerung nur dann möglich, wenn eine entsprechende Wareneinfuhr zugelassen wird. Falls alle Länder nur noch Waren ausführen wollten und sich auf der anderen Seite von jeglicher Einfuhr absperren, so hört der lebensnotwendige internationale Warenaustausch auf. Die Weltwirtschaftskrise führt dann zu einer Wirtschaftskatastrophe, die den Untergang der bürgerlichen Welt bedeutet.

Da Deutschland glücklicherweise immer noch eine stark aktive Handelsbilanz besitzt, dürfen wir diese auf keinen Fall dadurch gefährden, daß wir unseren Kunden auf dem Weltmarkt keine Ware mehr abkaufen. Die Aufrechterhaltung unserer Ausfuhr setzt voraus, daß wir auch dem Auslande einen gewissen Spielraum auf unseren Märkten lassen. Insbesondere sind es die europäischen Agrarländer, die zu unseren besten Abnehmern zählen und uns bedeutend mehr Erzeugnisse abnehmen, als wir wertmäßig von ihnen einführen. Aber der deutschen Wirtschaft fließen aus dieser Einfuhr auch noch direkt riesige Summen zu. So brachte uns beispielsweise die Einfuhr von Südfrüchten und Gemüse, die etwa 400 Millionen RM ausmachte, rund 450 Millionen RM Einnahmen aus Zöllen, Abgaben, Schiffs- und Eisenbahnfrachten, Handelsgewinn usw. Von dem etwa 1 Milliarde RM betragenden Gesamtverbrauchsverwert der Frucht- und Gemüseinfuhr bleiben 60 Prozent in der deutschen Wirtschaft, weiterhin bedeutet die Aufrechterhaltung der Fruchtinfuhr für unsere Handelsflotte geradezu eine Lebensfrage. Ein Rundgang durch unsere beiden Welthäfen Hamburg und Bremen bietet heute bereits ein trostloses Bild. Die Zahl der ausgelegten Schiffe und das Heer der arbeitslosen Seeleute, Hafen- und Werftarbeiter wächst unaufhörlich. Jegliche weitere Erschwerung unseres Welthandels muß unweigerlich zum Erliegen unserer Schifffahrtsgesellschaften, Werften und großen Handelshäuser führen.

Gerade Deutschland ist mehr als die anderen Länder auf einen regen internationalen Warenaustausch angewiesen. Eines der Hauptziele seiner Handelspolitik besteht daher in dem Versuch einer wirtschaftlichen europäischen Zusammenarbeit zwecks Bildung eines einheitlichen europäischen Marktes. Nur auf diesem Wege werden sich die Erschwerungen des Warenverkehrs mit ihren ungünstigen Rückwirkungen auf die Kapitalbewegung beseitigen und das wirtschaftliche Gleichgewicht wiederherstellen lassen. Autonome Maßnahmen auf dem Gebiet der Zölle und Einfuhrkontingentierung oder auf dem Wege der Devisenbegrenzung stellen jedoch das strikte Gegenteil dieser Bestrebungen dar. Die bedauerliche Tatsache, daß ein großer Teil der europäischen Staaten in letzter Zeit zu solchen Maßnahmen übergegangen ist, hat daher auch gerade dieser Tage die deutsche Regierung

veranlaßt dem Völkerbundssekretariat ihre Stellungnahme zu diesen Fragen zu legen. In diesem Bericht heißt es u. a.: „Wird diese Entwicklung (Vielheit der Zolltarife und Erschwerung des Warenverkehrs) nicht aufgehalten, so werden weiter die bestehenden Spannungen verstärkt, nach dem Kriege mühsam wieder angeknüpfte Handelsbeziehungen zerrissen und die Grundlagen des Vertrauens zerstört, auf denen allein die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas aufgebaut werden kann.“

Mit unseren Bemühungen um die Erreichung dieses Zieles wäre es aber nicht in Einklang zu bringen, wenn wir durch staatliche Zwangsmassnahmen unsererseits zu einer Erschwerung des internationalen Warenverkehrs beitragen würden, obwohl wir weit mehr als England darauf angewiesen sind, uns durch ein großes Uebergewicht der Ausfuhr über die Einfuhr die für Zins- und Kapitalrückzahlungen an das Ausland nötigen Devisen zu verschaffen.



Die „Akron“ luftunflüchtig?

Der amerikanische Abgeordnete McClintic, der dem Marineauschuß des Repräsentantenhauses angehört, hat gegen die Konstrukteure des neuen Luftschiffs heftige Angriffe gerichtet. Er fürchtet, daß die „Akron“ von dem gleichen Schicksal wie das englische Luftschiff „R. 101“ ereilt werden würde, und daß sie nicht die Geschwindigkeit erreiche, die man von ihr erhoffte.

Das verleugnete Alter.

Ein Meineidsverfahren. — Alter und Eitelkeit. — Wer jung ist, möchte alt sein. — Das Vorrecht des Alters. — Alter als Unverständnis!

Vor einem süddeutschen Gericht wurde vor kurzer Zeit eine Frau des Meineides bezichtigt, weil sie nach ihrer Verurteilung ein falsches Geburtsdatum angegeben hatte. Bekanntlich bezieht sich der Eid auch auf die persönlichen Angaben über Alter und Verhältnisse eines Zeugen. Obgleich dieses den vor Gericht erscheinenden Personen jedesmal mitgeteilt wird, erlebt man es immer noch, das dann und wann falsche Altersangaben gemacht werden. Es soll hierbei die spezielle Ursache dieses Falles unerörtert bleiben, sondern wir wollen uns im Folgenden überhaupt der Tatsache zuwenden, daß die Menschen nur allzuoft ihr wahres Alter verleugnen.

Eine Frau, die schon ein gewisses Alter erreicht hat, nennt ungern die Zahl ihrer Jahre, und behördliche Personen, die in amtlicher Eigenschaft danach fragen müssen, können berichten, daß ein großer Teil der Damenwelt von dieser Frage immer recht peinlich berührt wird. Die Frauen lassen diese Frage als eine Art Indiskretion auf, als eine Beleidigung, die sie glauben mit einer falschen Angabe zurückweisen zu dürfen. Und gerade eben, weil man diese Tatsache so häufig bei den Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts findet, erhebt sich die Frage, ob die Altersangabe etwas mit der Eitelkeit zu tun hat! Bei der Frau zweifels- ohne: Je jünger sie zu sein vorgibt, desto begehrenswerter glaubt sie zu erscheinen, und es gibt nota bene wohl wenig Frauen, die nach dieser Richtung hin nicht einen besonderen Ehrgeiz haben. Man muß das verständnisvoll entschuldigen, denn es ist die umgekehrte Erscheinung von der, die wir beim

Backfisch erleben, der nun gerne wieder ein paar Venze Alter sein möchte, als er in Wirklichkeit ist, um damit das Recht konzidiert zu erhalten, im Kreise älterer und erfahrener Personen für „voll“ angesehen zu werden.

Es wäre nun grundsätzlich, wollte man nur unseren Schönen den Vorwurf machen, daß sie ihr Alter egoistisch- weise verleugnen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß auch die Männer jenen Altersegoismus frühzeitig betreiben: Der Portofassensjüngling will an den Vätern der sogenannten reiferen Jugend teilnehmen, er erhebt ferner die Anwartschaft darauf mit Verlassen des Gymnasiums als ein ganzer Mann angesehen zu werden, und er bedient sich zu diesem Behufe gleichfalls höherer Alterszahlen, als sie seine Geburtsurkunden ausweisen. Die Älteren und Älteren unter den Männern wiederum sind gleichmüthig, wenn man sie an Jahren jünger schätzt als sie sind, und sie quittieren diese Schätzung dankend bestättigend! Freilich nicht alle halten es so: Sie argumentieren dann mit der nicht immer widerlegbaren Behauptung, daß sie so alt seien, wie sie sich fühlen! Andererseits gibt es auch Herren, die auf die Zahl ihrer Jahre recht stolz sind und die dem Alter nun einmal eingeräumten Vorrechte genießen wollen.

Das Vorrecht des Alters! Es verdient ein paar besondere Worte. Es ist nämlich die Ursache, warum viele Vertreter des männlichen Geschlechts älter sein wollen, um mit den Älteren gleichberechtigt zu sein. Wenn zum Beispiel jemand einem Verein beitreten will, der in der Hauptsache von älteren Mitgliedern bestritten wird, dann gibt er, auch wenn es nicht der Fall ist, sein Alter entsprechend an, um hier die gleichen Rechte und die gleiche Günst zu genießen. Das liegt daran, weil das Vorrecht des Alters oft falsch verstanden wird. Das Vorrecht, das wir den Älteren und Älteren einräumen, ist heute mehr ein Akt der Pietät. Alter ist nicht immer gleichbedeutend mit Erfahrung, wenigstens ist es auch oft vorausgesetzt, daß Alter verbürgt auch nicht immer ein umfangreiches Wissen den Jüngeren gegenüber. Es ist die vielfache Umdrehung einer Lebensuhr, von der wir uns freuen, daß ihr Werk sich bis auf den heutigen Tag unbeschadet erhalten hat. Das besagt aber nicht, daß es auch jüngere Uhren gibt, die mindestens von der gleichen Qualität sind.

Im übrigen: Niemand soll sein Alter verleugnen, denn jedes Jahr ist ein besonderer Lebensabschnitt, der seine besonderen Vorteile und Schönheiten hat!

Die sieben Schwaben.

Sieben Angehörige einer der vielen amerikanischen Sekten saßen zu einer geheimen Sitzung in der Nähe von Newport beisammen. Sie schienen aber nicht die Mülligen zu sein, denn sie wurden die komischen Opfer eines Streiches, der ihnen von einer feindlichen Sekte gespielt worden war. Als der Meister der Sekte eben ein spiritistisches Referat begann, begann die Glocke einer alten englischen Uhr zu läuten. Niemand hatte sich darin getäuscht, daß dieses Läuten jener Uhr entstammte, die unter einem riesigen Sturzgias auf einem Fels stand. Das Merkwürdige aber dabei war, daß die Zeiger dieser Uhr schon seit Tagen still standen und sich nicht von Ort und Stelle bewegten. Während die sieben wackeren Spiritisten in atemloser Spannung nach der Uhr hinüberschauten, war es wieder ganz ruhig, kaum aber setzte der Meister seine Rede fort, als das Läuten jener Uhr erneut hörbar wurde. Man glaubte an Geister, und weil man die Geister ja doch fürchtet, wagte sich niemand die Uhr zu untersuchen. Wieder war es ruhig, doch immer dann, wenn der Meister ein paar Worte sprach, ertönte das Glöckchen erneut wie eine Warnung! Das ging so sechs bis sieben Mal, und es war dem Meister unmöglich, seinen Vortrag zu Ende zu führen. Bestürzt gingen die Sieben nach Hause. Erst am nächsten Tage erhielt der Meister einen Brief, in welchem ihm des Rätsels Schlüssel offenbart wurde. Lange vor Beginn des Treffens hatte sich ein Mitglied der feindlichen Sekte in den Saal geschlichen und eine Maus in die Uhr gesetzt. Jedesmal, wenn die Maus die Rede des Meisters hörte, wurde sie rebellisch und aufgeregt und begann in ihrem Gefängnis herumzurennen, wodurch sie das Schlagwerk der alten Uhr in Tätigkeit setzte. Dieser Bericht, der aus einer amerikanischen Zeitung original übernommen ist, muß aber einen Haken haben. Nach den Erfahrungen, die wir in Deutschland bisher mit Mäusen gemacht haben, verhalten sich die Mäuse gerade ruhig, sobald sie Menschen in der Nähe hören, während sie sonst umher- toben.

Das Auge des Rä.

Roman von Edmund Abbott.

Copyright by R. & O. Greiser, G. m. b. H. Mollat.

Bernie nahm den Freund an den Händen und sah ihn an: „Ja, Konni“, sagte er ernst, „nun müssen wir Atem holen zum Spurt. Hals- und Weinbruch!“

Es war den beiden ein wenig feierlich zumute in dem kalten Kontor, dessen Wände bedeckt waren mit Propagandabildern industrieller Unternehmungen, dessen Tische mit Zeichnungen und Modellstücken belegt waren. Kalt war es jetzt in dem Raum, aber weder Bernie noch Oppen spürten diese Kälte. Sie sahen sich an und nickten sich zu. Siegezwille war in ihren Augen und große Zuversicht. Oppen wollte beginnen, von Einzelheiten der Flugzeugtechnik zu sprechen, aber Bernie schnitt ihm das Wort ab: „Erster, mein lieber Konni. Den Grundstein wollen wir nicht in halbunbelebtem Zustande legen. Wir haben noch gut hundertundfünfzig Tage Zeit. Morgen wollen wir beginnen, wenn wir ausgeschlafen haben, und wenn uns die Millionen des ehrenwerten Mister Mac Garron nicht mehr im Kopfe herumwirbeln. Heute wollen wir schlafen.“

Oppen stand auf, und es fiel ihm mit einem Male ein, daß Bernie vorher davon gesprochen hatte, heute nicht zu Bett gehen zu können, weil ein Mädchen in seinem Bett schlief.

„Ja — übrigens, Toli, nun bist du mir noch schuldig zu erzählen, was für eine sonderbare Eroberung du heute gemacht hast.“

Bernie lachte und kraulte sich den blonden Kopf: „Das ist eine kuriose Geschichte, mein lieber Konni, etwas abenteuerlich beinahe. Also — ich stehe auf'm Bahnhof Treptow und warte auf den Zug. Neben mir steht ein Mäd-

chen, oder vielmehr eine junge Dame, ziemlich dicht am Schienenstrang. Ich bekümmere mich nicht um sie und lese meine Zeitung. Mit einem Male kommt der Zug, ich falte meine Zeitung zusammen und trete ein wenig zurück, aber das Mädchen tritt nicht zurück, im Gegen-



teil, sie tritt noch ein kleines Schrittchen näher an den Schienenstrang heran, und wie ich gerade sagen will: „Fräulein, seien Sie nicht so leichtsinnig!“ taumelt sie und will vornüber fallen. Ich greife natürlich sofort zu, kriege sie am Kragen zu packen und reise sie zurück. Sie schreit, will sich von mir losmachen, aber ich halte fest. Und ehe ich recht zur Besinnung komme, liegt sie in mei-

nen Armen und ist ohnmächtig. Natürlich standen gleich eine Menge Menschen um uns herum, der Stationsvorsteher kam heran und schnauzte mich an. „Gehört die Dame zu Ihnen?“ Ich weiß selbst nicht, wie ich dazu gekommen bin, aber ich habe ja gesagt. „Dann machen Sie hier gefälligst keine Mädchen!“ schnauzte er weiter, und es blieb mir also nichts weiter übrig als das Bündel Glend, das ich da ohnmächtig im Arm hielt, mitzunehmen. Er machte eine kleine Pause, lächelte und fuhr dann fort: „Ja, wie gesagt, nun liegt sie oben in meinem Bett, ein Arzt war hier. Ich habe ihn holen lassen, weil das kleine Fräulein ganz bejammernswert anfangen zu weinen als sie aufwachte und durchaus fort wollte. Sie machte auf mich den Eindruck, als fehle ihr hier oben was.“ Und Bernie tippte mit schmerzlicher Miene an seine Stirn. „Der Arzt hat gesagt, wir sollten sie allein lassen, er hat ihr wohl auch etwas zum Schlafen eingegeben; morgen will er wiederkommen. Unsere Frau Lehmann, unsere brave Frau Lehmann aber hat gesagt: „Nee, nee, det Meechen lassen ma nich wieda fort, die hat wat Trägliches im Schilde, da müssen wa uffpassen, sonst macht se dumme Bideen, un et wär doch schade um so'n Junget, blühendet Beschöpf!“ Na und nun hält sie Wache und stopft dabei unsere Strümpfe. Siehst du, Konni, auf diese Weise kriegen wir Familienzuwachs, ohne uns anzustrengen.“

„Glaubst du, daß das Mädchen sich das Leben nehmen wollte?“

Bernie zuckte die Achseln: „Weiß nicht, aber ich glaube, ja. Sie wehrte sich ganz verzweifelt, als ich sie durchaus festhielt. Wenn sie einfach einen Schwindelanfall bekommen hätte, dann hätte sie doch zufrieden sein müssen, als ich sie festhielt.“

(Fortsetzung folgt.)

Mus Nah und Fern

Die Bahnregulierung.

Marburg. Die Bahnregulierung bei Roth, die in den Jahren 1930/31 durchgeführt wurde, hat bekanntlich rund 176 000 Mark Kosten verursacht. Hier von konnten bisher 161 000 Mark abgedeckt werden, so daß noch 15 000 Mark zu tilgen sind, die man zunächst als laufenden Kredit von der Kreis Sparkasse in Anspruch genommen hatte. Zur Fertigstellung des Bauabschnittes Argenstein-Roth sind nun noch Arbeiten notwendig geworden bei Wollshausen und Argenstein selbst, deren Kosten noch nicht feststehen. Man hofft, daß der Staat und Bezirksverband wieder die Hälfte der Kosten als Beihilfe tragen, so daß die Restkosten, nach Abzug der durch die Beschäftigung von Wohlfahrtserwerbslosen aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge zur Verfügung stehenden Beträge, etwa 35 000 Mark betragen dürften. Zur Deckung der Restkosten aus dem Jahre 1930/31 im Betrage von 15 000 Mark sowie der voraussichtlich weiterer notwendigen 35 000 Mark schlägt der Kreisausschuß dem am 28. Januar zusammentretenden Kreistag vor, ein Darlehen bis zu 50 000 Mark aufzunehmen. Er soll allerdings nur aufgenommen werden unter der Voraussetzung, daß der Kreis durch Staatsbeihilfen oder auf andere Weise in den Kosten für die Erwerbslosen eine wesentliche Entlastung erfährt.

Keine Auflösung der Reichsbahndirektion Kassel.

Kassel. Die durch einen Teil der Presse wiedergegebenen Nachrichten über eine beabsichtigte Auflösung der Reichsbahndirektion Kassel sind, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, durchaus unzutreffend.

Das Waldecker Gold soll abgebaut werden.

Corbach. Die Preussische Bergwerks- und Hütten AG. hat eine Anzahl Bergleute aus dem Harz nach Goldhausen bei Corbach berufen, um am Eisenberg den Schacht abzubauen, damit das Goldvorkommen ausgebeutet werden kann. Bei den Beratungen im Handelsausschuß des Preussischen Landtages kam diese Angelegenheit ebenfalls zur Sprache. Es wurde mitgeteilt, daß für die Aufschließungsarbeiten etwa 250 Arbeiter erforderlich seien, die in erster Linie aus den stillgestellten Bergarbeitern des Oberharzes genommen werden sollten.

Nassau. (Tödlcher Unfall in der Scheune.) Der 60jährige Landwirt Adam Labonte aus dem benachbarten Westerbaldorf Welschneudorf stürzte in seiner Scheune ab und brach das Genick. Er war sofort tot.

Limburg. (Ein Opfer der Zeit.) Das bekannte Hotel „Preussischer Hof“ wird am 23. Januar zwangsversteigert. Der Eigentümer hatte vor einigen Jahren das Haus völlig umgebaut, jedoch konnte der infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse abnehmende Fremdenverkehr die Unkosten nicht mehr aufbringen.

Neuwied. (Ein Knabe als Lebensretter.) Beim Spielen fiel ein sechsjähriger Junge in der Nähe von Niederbleber in den Aabach. Er wäre ertrunken, wenn nicht sein siebenjähriger Spielkamerad sich auf ein über den Bach liegendes schwere Brett gelegt und den verunglückten Jungen unter Anwendung aller Kräfte herausgezogen hätte.

Rosenburg, Fulda. (Schüsse auf die Ehefrau.) Ein hiesiger Kaufmann kehrte nach längerem Fernsein in Abwesenheit seiner Ehefrau nach Hause zurück. Nach Rückkehr der Frau gab er auf diese und auf ihren Schäferhund nach kurzem Wortwechsel fünf Pistolenschüsse ab. Die Frau erhielt drei Schüsse in den Oberschenkeln, der Hund einen am Hals. Der Täter wurde alsbald verhaftet, wobei ihm der noch mit zwei Schuß geladene Revolver und eine ebenfalls geladene Scheintodpistole abgenommen wurden. Er bestritt jede Tötungsabsicht und behauptet, nur auf den Hund geschossen zu haben, den seine Frau auf ihn geheut habe.

Herborn. (Fund wertvoller alter Münzen.) Auf dem Grundstück eines Neubaus in der Altstadt wurde bei Arbeiten an der alten Mauer ein eisernes Gefäß mit Goldmünzen aufgefunden. Es handelt sich um 70 Goldmünzen und Silbermünzen, die aus dem 16. und 17. Jahrhundert stammen dürften und von außergewöhnlich schöner Prägung sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurden die Münzen während des 30jährigen Krieges vergraben.

Eine kommunalpolitische Selteneit.

Schlich (Oberhessen). Der Gemeinderat nahm in seiner jüngsten Sitzung einen Bericht der Stadtverwaltung über den städtischen Rechnungsabluß für 1930 entgegen, wobei sich ergab, daß der Abfluß kleinerer Fehlbeträge aufweist und auch die Rücklagen nicht in Anspruch genommen werden mußten. Besonders bemerkenswert ist weiterhin, daß man auch über das Jahr 1931 dank ausreichender Rücklagen aus früheren Jahren glatt hinwegkommen kann. Bisher brauchte sich die Stadt Schlich auch noch nicht zur Einführung der Bürgersteuer nach dem Dreifachen des Landesbetrages zu entschließen. Allerdings sehen die Verhältnisse für das Jahr 1932 unter der Ungunst der schweren Zeitverhältnisse auch für Schlich wesentlich anders aus.

Darmstadt. (Freigesprochen.) Das Bezirksgericht verhandelte gegen einen Ingenieur aus Darmstadt, früheren Inhaber einer Firma für Heizungsanlagen, die im Anfang des Jahres 1930 Konkurs machte. Er wird beschuldigt, Vermögensstücke verheimlicht und zum Schaden der Gläubiger beiseite geschafft zu haben. Der Geschäftsführer einer Münchener Firma, dem er die Waren verkauft, sitzt neben ihm auf der Anklagebank und wird beschuldigt, ihm mit Rat und Tat beigegeben zu haben. Der Staatsanwalt beantragt Gefängnisstrafen. Das Gericht spricht jedoch beide frei.

Darmstadt. (Minister Korell geht in den Pfordienst zurück.) Wie wir erfahren, hat sich der frühere hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft Korell vor einiger Zeit um die Wiederübertragung einer Pfarrstelle beworben.

Campertheim. (Verkehrsunfall.) Ein mit Früchten beladenes Lastauto fuhr in rascher Fahrt bis zum Warnungsschild am Rhein. Der Führer bemerkte im letzten Augenblick die Gefahr und bremste so stark, daß der Wagen umkippte. Es entstand weiter kein Unglück, nur einige Sad Früchte rollten auf die Erde. Spaziergänger nahmen sich des Verkehrsunfalls an, so daß der Schaden bald behoben war. Das Warnungsschild steht an guter Stelle, denn vor einiger Zeit verhängte es ebenfalls ein größeres Unglück.

Dieburg. (Ein Heiratschwindler verurteilt.) Wegen Erpressung in zwei Fällen, Betrugs und Unterschlagung wurde ein Kaufmann zu anderthalb Jahren Gefängnis abzüglich ein Monat Untersuchungshaft verurteilt. Der Angeklagte hatte Beziehungen zu einem in Darmstadt bediensteten Dienstmädchen. Demgegenüber hat er Heiratschwindel begangen, die Erpressung richtete sich gegen einen Darmstädter Arzt. Die Unterschlagungen, die der Angeklagte sich zuschulden kommen ließ, betragen mehrere hundert Mark.

Mainz. (Der Heilruf als nächtliche Ruhestörung.) Eine nationalsozialistische SA-Abteilung hatte von der Polizei die Genehmigung erhalten, den Rückmarsch von einer Versammlung in geschlossener Ordnung vorzunehmen, jedoch sollten in Rücksicht auf die Nachtruhe, laute Rufe unterbleiben. Beim Wegtreten brachte der Führer, wie üblich, ein dreifaches Heil aus. Darauf erhielt er auf Grund der Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen und nächtlicher Ruhestörung einen Strafbefehl, gegen den Einspruch erhoben wurde. Der Richter sprach den Angeklagten von der Anklage der Uebertretung der Notverordnung frei, weil ihm ein Vorfall nicht nachzuweisen sei, und erkannte wegen nächtlicher Ruhestörung auf fünf Mark Geldstrafe.

Mainz. (Der Haft überdrüssig.) Ein 30jähriger Tagelöhner aus Rombach, der sich wegen Diebstahls in Untersuchungshaft befindet, sprang mit dem Kopf gegen ein Fenster, das in Trümmer ging. Durch die Scherben und die Gitter vor dem Fenster erlitt der Mann so schwere Kopfverletzungen, daß er ins Krankenhaus verbracht werden mußte.

Kierstein. (Gestohlene Kleintiere auf der Rheinfahrt.) Mehrere Gänse und Enten waren einem hiesigen Einwohner gestohlen worden; man hatte einen Schiffer in Verdacht, der hier vor Anker gelegen hatte, aber sich wieder auf der Fahrt befand. Die Rheinpolizei wurde in Kenntnis gesetzt, welche auch tatsächlich die gestohlenen Gänse und Enten auf dem Schiff des Betreffenden fand. Inzwischen hat man die gestohlenen Tiere in Rudesheim wieder an Land gebracht, um sie dem Eigentümer zuzustellen.

Lörzweiler. (Noch glimpflich abgegangen.) Mit lautem Knall explodierte hier in einem Hause eine Wärmeflasche und beschädigte Fenster und Türen. Die Hausfrau hatte die Wärmeflasche in den Ofen gestellt und fest verschlossen; beim Anheizen ging die Wärmeflasche in Stücke.



Lord Reading schwer erkrankt.

Der frühere Vizekönig von Indien, Lord Reading, liegt schwererkrankt in Kugor (Ägypten). Aus London sind zu seiner ärztlichen Behandlung und Pflege ein Arzt und eine Krankenschwester im Flugzeug abgereist.

Dreißer Ueberfall auf ein Mädchen.

Brühl. Ein gemeiner Ueberfall wurde auf ein 20jähriges Mädchen verübt, das hier im Haushalt eines Verwandten tätig ist. Schon seit einiger Zeit wurde dem Mädchen von einem jungen Manne nachgestellt, den es jedoch wiederholt abgewiesen hatte. Der Bursche wollte sich nun dafür rächen und lauerte dem Mädchen eines Abends im Hofraum auf. Der völlig Ueberraschten stieß er einen aus dem Ärmel hervor gestochenen Knüttel in den Mund und schlug sie dann mit einem Knüttel in roter Weisse nieder. Erst einige Zeit später fanden Hausbewohner das Mädchen bewusstlos auf. Der Bursche, der gleich nach der Tat flüchtete, konnte bisher noch nicht gefaßt werden.

Mit 15 Jahren in die Fremdenlegion.

Tier. Nach seinem Uebertritt über die französisch-deutsche Grenze bei Perl (Obernassau) meldete sich dieser Tage ein junger Obdachloser, der bereits seit Jahren im deutschen Kriminalblatt geführt wurde. Nach näherer Prüfung seiner Papiere stellte sich heraus, daß es sich um einen am 1. Juli 1916 in Erfurt geborenen jungen Burschen handelt, der seit dem 4. November v. J. vermißt wird. Er war, wie er angibt, nach einem Streit mit seinen Eltern aus dem Vaterhaus gelaufen und bei Weidenburg (Pfalz) über die französische Grenze gegangen, wo er sich für die Fremdenlegion anwerben ließ. Er gab sein Alter einige Jahre höher an. Der untersuchende Arzt fand ihn für tauglich, worauf er in das nordafrikanische 3. Infanterieregiment der Legion eingereiht wurde. Hier zeigte sich, daß er mit seinen 15 Jahren den Strapazen nicht gewachsen war. Schließlich entließ man ihn und schickte ihn mittellos über die deutsche Grenze. Der inzwischen benachrichtigte Vater holte seinen Sohn in Perl ab.

Koblenz. (Einer Zigeunerfamilie Pferd und Wagen gestohlen.) In dem Hunsrückdorf Vingerhahn hatte eine Korbmacherefamilie vor einigen Tagen einen Zigeunerfamilie das Pferd samt dem Wohnwagen gestohlen. Bei der Verfolgung durch die befohlene Zigeuner gaben die Korbmacherefrau und ihr Sohn Schüsse auf ihre Verfolger ab,

Glücklicherweise verfehlten die Schüsse ihr Ziel, doch konnten die Diebe mit ihrer Beute entkommen. Der Koblenzer Kriminalpolizei gelang es, das gestohlene Gefährt im Dorort Eichel festzuhalten. Pferd, Wagen und die Waffen wurden beschlagnahmt.

Ehrenbreitstein. (Die Zerstörung des Stahlhelms heimlich vor Gericht.) Die in der Nacht zum 20. Oktober v. J. begangenen Verwüstungen des Stahlhelms heimlich in Ehrenbreitstein, dessen ganze Inneneinrichtung demoliert wurde, fanden jetzt ihr gerichtliches Nachspiel. Die Täter wurden seinerzeit ermittelt und hatten sich jetzt wegen schweren Hausfriedensbruchs und gemeinschaftlicher Sachbeschädigung zu verantworten. Sie waren in der betreffenden Nacht von einer kommunistischen Versammlung in Koblenz gekommen und hatten das Stahlhelms heimlich verwüstet. Vier Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von je drei Monaten verurteilt, ein Angeklagter, der schon erhebliche einschlägige Vorstrafen aufzuweisen hatte, erhielt sechs Monate Gefängnis.

Saarbrücken. (Selbstmord auf den Schienen.) In Neben wurde an einer Ueberführung der 17jährige Bergschüler Paul Breit aus Heiligenwald auf den Schienen tot aufgefunden. Der Kopf war glatt vom Rumpfe abgetrennt worden. Aus verstreuten Anzeichen — u. a. war die Altkarte mit Mauerwerk der Ueberführung angelehnt — ist mit Sicherheit zu entnehmen, daß Selbstmord vorliegt.

Köln. (Gelbsack mit 1000 Mark Silbergeld verschwindet.) Auf geheimnisvolle Weise ist bei einem Geldtransport für die Stationen des Güterbahnhofs Rippes ein Gelbsack mit Silbergeld in Höhe von 1000 Mark verschwunden. Mehrere Reichsbahnbeamte hatten einen größeren Geldbetrag bei der Reichsbank zu holen. Hier wurde ihnen ein größerer Posten Silbergeld in Einzelbeuteln von 1000 Mark übergeben, die man zusammen in einen großen Kartoffelsack steckte und im Kraftwagen unterbrachte. Beim Nachzählen auf der Stationskasse stellte man das Fehlen eines Gelbsacks fest. Ueber den Verbleib des Geldes konnte bisher nichts festgestellt werden. Der Kraftfahrer hat zugegeben, daß er vielleicht nur zwei Sekunden den Sack mit den Einzelbeuteln Silbergeld aus den Augen gelassen hat, als der Wagen vor dem Reichsbankgebäude hielt.

Köln. (Für 10 000 Mark Schmuckgegenstände gestohlen.) Der Kriminalpolizei wurde jetzt ein schwerer Diebstahl in einem Hause am Oberländer Ufer gemeldet: Den bisher noch unbekannten Tätern, die in der Zeit vom 19. bis 21. Januar in die Wohnung eingedrungen sein müssen, fielen Schmuckgegenstände im Gesamtwert von etwa 10 000 Mark in die Hände. Die Polizei hat eingehende Ermittlungen eingeleitet.

Sport vom Sonntag.

Sp.-Vgg. Fürth — Karlsruher FV. 1:1.
1. FC. Pforzheim — 1. FC. Nürnberg 3:3.
FV. Kallstadt — Bayern München 1:5.
1860 München — VfB. Stuttgart 4:1.
Eintracht Frankfurt — FV. Saarbrücken 3:3.
SV. Waldhof — FV. Mainz 4:2.
Wormatia Worms — FV. Frankfurt 2:1.
FV. Pirmasens — VfL. Neckarau 3:3.
VfB. Nürnberg — Teutonia München 1:2.
Würzburger Kickers — Wacker München 3:0.
FC. Schweinfurt — DSV. München 4:2.
SSV. Ulm — VfR. Fürth 7:2.
FC. Bayreuth — Schwaben Augsburg 4:3.
FC. Freiburg — Sp.-Vgg. Schramberg 3:4.
Phönix Karlsruhe — FC. Freiburg 3:3.
FC. Mühlburg — VfB. Karlsruhe 1:2.
Stuttgarter Kickers — Germania Bldhingen 2:0.
SV. Feuerbach — FC. Birkfeld 2:2.
SpVr. Ehlingen — Union Bldhingen 3:3.
Phönix Ludwigshafen — Saar Saarbrücken 1:0.
1. FC. Kaiserslautern — OS Mannheim 3:1.
Vorussia Reutlingen — Sp.-Vgg. Sandhofen 0:1.
SpVr. Saarbrücken — VfR. Mannheim 2:2.
SV. 05 Saarbrücken — FC. Jbar 1:3.
Dynamo Pforz — Union Neiberrad 2:3.
SV. Wiesbaden — VfL. Neu-Jesenro 2:1.
Kickers Offenbach — Alemannia Worms 3:4.
FV. Kassel — Rot-Weiß Frankfurt 1:3.
FC. Hanau 93 — Viktoria Urberach 2:1.
1. FC. Langen — FSV. Heusenstamm 4:0.

4. Frankfurter Hallenportfest.

Schiffelds neuer Weltrekord im Augellohen.

Obwohl das 4. Frankfurter Hallenportfest mit rund 800 Meldungen eine ausgezeichnete Besetzung erfahren hatte, ließ der Besuch manchen Wunsch offen. Dafür wurde aber umso besserer Sport geboten, wobei die ausgezeichneten Leistungen in einem neuen Weltrekord von Schiffeld-Al-lein stein gipfelten, der mit 16.07 Metern seine eigene Weltbestleistung noch überbieten konnte. Auch im Sprinterdreikampf gab es eine nicht geringe Ueberraschung, denn der Berliner Turner Pflug konnte den deutschen Meister Jonath einwandfrei schlagen.

Den Auftakt bildete ein Handballspiel, dann folgte der 800-Meter-Lauf, den der Frankfurter Kaufmann ganz knapp vor Hein. Neckarau gewinnen konnte. Im 60-Meter-Lauf der Frauen gab es durch Frl. Haux einen weiteren Frankfurter Sieg. Gleich der erste Lauf des Sprinterdreikampfes endete mit einer nicht geringen Ueberraschung, denn Pflug siegte über 50 Meter vor Jonath und Wehner. Die 3000-Meter sicherte sich Schauburg vor dem Stettiner: Hellpapp; hier hatte Helber-Stuttgart nach 2000 Metern aufgegeben. Der Berliner Pflug konnte auch den zweiten Lauf des Sprinterdreikampfes an sich bringen, und zwar siegte er über 60 Meter vor Wehner, während hier Jonath erst an fünfter Stelle einlief. Die 60-Meter Hürden brachten nach drei Fehlstarts ein äußerst erbittertes Ringen der beiden Favoriten Wehner und Wegener, das der Frankfurter Wehner mit Brustbreite für sich entscheiden konnte.

Den 1000-Meter-Einlauf sicherte sich Dr. Peltzer; der Stuttgarter Paul führte die beiden ersten Runden, mußte dann aber Dr. Pelzer vorbelassen, der in 2:42.9 Min. siegreich blieb. Der hervorragende Berliner Turnersprinter Pflug konnte auch den 3. Lauf des Sprinterdreikampfes vor Wehner und Jonath an sich bringen und damit im Gesamtergebnis überlegener Sieger bleiben.

Inferieren bringt stets Erfolg.